Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Woltenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2319). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 133 — Dienstag, den 10. Juni 1930 — 5. Jahrgang

Republikanische Jugend.

Gewaltige Teilnahme an dem Reichsbanner-Pfingsttreffen in Magdeburg.

Magdeburg stand Pfingsten völlig im Zeichen des Reichsbanner-Bundestages. Das Fest war der Jugend gewidmet, der Jugend der Republik. Etwa

60—70 000 Jungbannerleute und Schutzsportler

waren aus allen Teilen des Reiches herbeigeeilt. Viele erreichten Magdeburg erst nach tagelangen Fußmärschen, viele nach vielstündiger Fahrt auf Lastkraftwagen.

Am Sonnabend abend fand im Bürgersaal des Rathauses eine **Akademische Feier des deutschen republikanischen Studentenbundes** statt. Oberbürgermeister Beims begrüßte die Erschienenen namens des Stadtverwaltung und führte u. a. aus, der republikanische Gedanke entwickele sich machtvoll. Er habe den Wunsch, man möge mehr Verständnis für Gegenwart und Zukunft aufbringen, als in dem was gewesen ist, immer noch herumzuftöbern. Wir leben in einer Zeit der größten Verworrenheit und tiefgehendsten Gemütsbewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Völkern. Der Oberbürgermeister schnitt dann die Erwerbslosenfrage an. Man müsse fragen, was wird mit den Leuten, die infolge der gewaltigen Produktionsentwicklung überflüssig geworden sind. Was könne die gegenwärtige Gesellschaft tun, um dem Leben dieser wieder Inhalt zu geben. Dies sei das größte Problem unserer Zeit u. die Republikaner hätten die Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, es zur Diskussion zu stellen und für seine praktische Lösung einzutreten. Zum Schluß wünschte er den republikanischen Studenten zu ihrer Arbeit vollen Erfolg.

Der neue Oberpräsident der Provinz Sachsen, Falck, ergriff dann zu dem Thema

„Akademiker und neuer Staat",

das Wort. Nicht die Revolution habe die heutige parlamentarische Regierungsform eingeführt, sondern die technischen Umwälzungen verlangten in einem modernen Staat andere Regierungsformen. Das Parlament habe sich zum beherrschenden Organ des neuen Staates entwickelt und sei der Ausdruck der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strömungen eines Volkes. Die heutige Regierungsform biete dem Akademiker im Rahmen unseres staatlichen Lebens ausreichende Betätigungsmöglichkeiten. Die heutige Studentenschaft bekämpfe aber in ihrer Mehrheit den bestehenden Staat und die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit. Für den Staat ergebe sich die grundsätzliche Frage, ob es angehe, daß aus der akademischen Schicht des Volkes dauernd Männer herauswachsen, die dem gegenwärtigen Staate feindlich gegenüberstehen. Die Staatsform der Republik stehe fest. Was ihr aber fehle, das sei die Achtung insbesondere in den gebildeten Schichten unseres Volkes. Wenn der Staat überall die Achtung erfahre, auf die er Anspruch habe, dann werde sich auch die Stellung des Akademikers zwangläufig bessern.

Starker Beifall folgte diesen Worten.

Die weiteren Reden klangen in dem Wunsche einer aktiven sozialen und rücksichtslosen republikanischen Politik aus. Am ersten Pfingsttag begann das eigentliche Fest.

In der Stadthalle

versammelten sich etwa 7—8000 Reichsbannerleute zu einer großen republikanischen Kundgebung.

Der preußische Kultusminister Grimme

hielt die Festrede. Er mahnte das Reichsbanner zu der Erkenntnis, daß in den gegnerischen Gruppen nicht nur Mitläufer, Korrumpierte und Verbrecher säßen. Man solle auch den dort vorhandenen ehrlichen Elan sehen. Da die Demokratie die politische Form der Menschlichkeit sein soll, müsse man sich den Besten dieser Jugend stellen. Das Verschließen der Augen vor Tatsachen wäre genau so wenig schöpferisch wie der Klamauk und die Verleumdung. Der demokratische Staat, der im Kampfe seine eigene Verjüngung finde, bejahe den Kampf der Jugend. Freilich nicht den gegen, sondern den in ihm. Der Staat wolle eine kämpfende, keine raufende Jugend. Zum Messer greife der Schwächling. Das Reichsbanner müsse die Garde der Majestät des Rechts bleiben und niemals Deserteur ihrer Ideale werden.

Anschließend sprachen ein Vertreter der Arbeiterjugend, des Zentrums und der demokratischen Jugend.

In seinem Schlußwort führte der Vorsitzende des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, Erich Ollenhauer-Berlin, aus: Die jungen Republikaner sind bereit, die demokratische Republik mit allen Mitteln zu verteidigen, aber sie sieht in der Gewalt nur das Mittel der äußersten Notwehr. Der Kampf um den Inhalt der Republik, um den Staat von Weimar, wollen wir führen mit geistigen Waffen. Wir wollen die jungen Republikaner ausrüsten mit scharfen Waffen des Geistes, sie schulen in ernster Bildungsarbeit und sie so fähig machen, als das Volk von morgen die deutsche Republik im friedlichen geistigen Ringen zu erobern für die großen Gedanken der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und des Völkerfriedens.

Auf dem Domplatz.

Im Anschluß an die republikanische Jugendkundgebung in der Stadthalle fand eine große republikanische Kundgebung auf dem Domplatz statt. Nach kurzer Begrüßungsansprache des Gauvorsitzenden des Gaues Magdeburg-Anhalt, Wille, ergriff der

Bundesvorsitzende Hörsing

das Wort. Er dankte allen Beteiligten für die großen Opfer an Zeit und Mühe, die die große republikanische Kundgebung ermöglicht hätten und wies auf die demnächst in Mainz stattfindende Befreiungsfeier der besetzten Gebiete hin, an der das Reichsbanner hervorragenden Anteil nehmen werde. Er schloß mit einem Hoch auf Vaterland und Republik.

Der Kundgebung in der Stadthalle schloß sich ein

Vorbeimarsch der Jugend vor der Bundesleitung

an, in dessen Nähe u. a. Reichstagspräsident Loebe, Minister Grimme und der Führer des österreichischen Schutzbundes, Julius Deutsch, Platz genommen hatten. Eineinhalb Stunden dauerte der Marsch der Gaue, der Studenten, der republikanischen Pfadfinder- und Matrosen-Abteilungen. Zuletzt kamen die 250 Maschinen der Republikanischen Motorradfahrer und die Wagen des Republikanischen Autoklubs. Als der Vorbeimarsch beendet war, ging es zum

Reichsbanner-Stadion „Neue Welt",

wo abends in Anwesenheit von mehr als 100 000 Menschen eine großdeutsche Kundgebung vor sich ging. Der preußische Innenminister Dr. Waentig erklärte in seiner Rede, die Aufgabe der Demokratie bestehe darin, die Vereinheitlichung Deutschlands zu vollenden; was Bismarck nicht habe vollbringen können. — Der Führer des Schutzbundes, Julius Deutsch, der mit 100 Schutzbündlern nach Magdeburg gekommen war, legte ein glühendes Bekenntnis zum Anschlußgedanken ab. Reden sollten endlich praktische Taten folgen. „Ein Volk in zwei Staaten" stellte Deutsch die Worte gegenüber: „Ein Volk und ein Staat." Den Höhepunkt der Kundgebung bildete ein

Großdeutsches Massenfestspiel

von Franz Osterroth eigens für den Bundestag geschrieben. Tausende von Fahnen- und Fackelträgern, Schutzsportlern, Jungbannerleuten, Sängern, die einen Zug der Länder in allen Volkstrachten und mit Länderstandarten bildeten, wirkten mit. Auch die Abordnung des österreichischen Schutzbundes beteiligte sich. Am Schlusse wurde von einem Reichsdeutschen und einem Oesterreicher gemeinsam eine riesige schwarzrotgoldene Fahne gehißt, vor der sich sämtliche Länderstandarten neigten, während die Zuschauer die dritte Strophe des Deutschlandliedes sangen.

Mit einem großen Feuerwerk fand der erste Tag des Bundestreffens sein Ende.

Am Pfingstmontag

fanden auf fast allen Sportplätzen Magdeburgs Wettkämpfe der Schutzsportler des Reichsbanners statt. Im Stadt-Theater ging unterdessen eine stark besuchte Gefallenen-Gedenkfeier vor sich, die durch schlichte Worte des Arbeiterdichters Karl Bröger gegen den Krieg eröffnet wurde. Es folgte eine Aufführung des englischen Kriegsdramas „Die andere Seite" von Sheriff.

Am Nachmittag strömten noch einmal die Menschenmassen zum Stadion. Im Kampfforum wurden leichtathletische Entscheidungskämpfe und ein Handballspiel ausgetragen. Das ursprünglich vorgesehene Handballspiel zwischen einer Hamburger Polizeimannschaft und der Schutzsportabteilung Bremen mußte ausfallen, da die Polizeimannschaft im letzten Augenblick dienstlich am Erscheinen verhindert war. In einer Pause zwischen den Kämpfen erklärte der frühere preußische

Innenminister Grzesinski,

daß die eindringlichste innenpolitische Aufgabe augenblicklich die Ausrottung des bewaffneten Rowdytums wäre. Hierzu bedürfe es der Einbringung der notwendigen gesetzgebarischen Vorlagen, die aber im Gegensatz zu den gegenwärtig im Reichsrat behandelten Entwürfen auch zwei knappe Paragraphen beschränkt werden könnten und müßten, nämlich: Niemand darf im Besitz einer Stich- oder Schußwaffe sein. Ausnahmen sind nicht zulässig. Wer im Besitz einer Waffe betroffen wird, ist mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu bestrafen. Grzesinski empfahl unter starkem Beifall dem Reichsbanner als seine nächste dringlichste Aufgabe die Unterstützung dieser Forderung. Es brauche niemand Waffen zu tragen, nachdem sie zum politischen Kampfmittel geworden seien. Je mehr das Reichsbanner an seiner Ueberparteilichkeit festhalte, desto mehr könne es seine Aufgabe erfüllen.

Eingedenk seiner sich bei der Gründung gestellten Aufgabe werde sich das Reichsbanner nicht von seinem Ziele abbringen lassen. Es sei die Vereinigung der sozialdenkenden Republikaner aus allen republikanischen Parteien, bereit, die Verfassung und die Staatsform von Weimar zu schützen, die uns allein den Wiederaufstieg sichern könne.

Der Redner kam dann auf die Wirtschaftskrise zu sprechen. Nur die heutige Staatsform böte die Möglichkeit zur Behebung der sozialen Not. Das deutsche Volk werde sich nicht wieder durch eine kleine Clique unterdrücken lassen. Die Anwendung des Artikels 48 durch eine Minderheit der Regierenden sei für das deutsche Volk unmöglich, ebenso wie die Thüringer Zustände für die Republikaner unmöglich seien (Beifall). Die Jugend müsse sich zum Reichsbanner finden, denn der Jugend gehöre die Zukunft. Die Arbeit des Reichsbanners sei noch eine gewaltige. Ein starkes Reichsbanner sei das Ziel aller Republikaner.

Der Schluß des Bundestages brachte noch einige aufrüttelnde Worte des Bundesführers Hörsing, der allen Teilnehmern des Bundestages für ihr opfervolles Kommen nach Magdeburg seinen herzlichen Dank aussprach und die Reichsbannerkameraden zu weiterem Kampf und weiterer Treue ermahnte. Dann rollten ununterbrochen die unzähligen Lastautos mit den Bundestagsteilnehmern wieder ihrer Heimat zu.

Königs-Staatsstreich in Rumänien.

In Rumänien hat sich ganz überraschend ein Königswechsel vollzogen. Der frühere rumänische Kronprinz Carol traf am Freitagabend um 8 Uhr von Klausenburg kommend, im Flugzeug in Bukarest ein. Er wurde auf dem Flugplatz von der Regierung und den Spitzen der Truppen empfangen und, wie die Regierungspresse bedeut, „herzlich empfangen". Anschließend sagte die ganze Nacht hindurch ein Kabinettsrat den anderen. Zwischendurch konferierte Ministerpräsident Maniu wiederholt mit Carol.

Die Regierung Maniu ist am Sonnabendabend zurückgetreten. Mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte der Regentschaftsrat den bisherigen Außerminister Mironescu, ein Konzentrationskabinett zu bilden, an dem möglichst alle Fraktionen des Parlaments beteiligt sind.

Nach Mironescus Rücktritt berief der König zuerst Professor Jorga, dann die übrigen Parteiführer zu sich. Jorga empfahl dem König ein Kabinett unter Führung des Generals Presan. Man hält es für wahrscheinlich, daß Maniu die Kabinettsbildung übertragen wird.

Karl der Zwote.

Carol ist am Sonntag von der rumänischen Nationalversammlung entsprechend dem Vorschlag der Regierung Mironescu als Karl II. zum König proklamiert worden. Thronfolger ist sein Sohn, der bisherige unmündige König Michael.

Am Sonntagvormittag traten Kammer und Senat zunächst zu Sondersitzungen zusammen. Sie beschlossen die Aufhebung jener aus dem Jahre 1925 stammenden Gesetze, die eine Rückkehr Carols nach Rumänien unmöglich machen sollten. Dann hob die Nationalversammlung, bestehend aus Kammer und Senat, die Abdankungsakte Carols vom 4. Januar 1925 auf und

proklamierte Carol als König.

Bis auf die Liberalen ließen alle bürgerlichen Parlamentsfraktionen Festreden auf Carol halten. Die Liberalen waren der Nationalversammlung geschlossen ferngeblieben. Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß die Sicherung der Entwicklung zur Demokratie und die Interessen der Arbeiterklasse weit über den Personenwechsel innerhalb der rumänischen Monarchie ständen.

Carol II. leistete nach seiner Proklamation zum König

den Eid auf die Verfassung.

Er schilderte dann in einer Thronrede das ihm zugefügte Leid und versprach, den Urhebern der an ihm begangenen Ungerechtigkeit Verzeihung angedeihen lassen zu wollen.

Als die Proklamation und die Vereidigung Carols II. vollzogen war, trat die Regierung Mironescu zurück. Der neue König nahm sofort Besprechungen mit den Parteiführern auf. Er plant die Bildung eines Konzentrationskabinetts. Inzwischen hat er die nach dem Tode seines Vaters von dem Regentschaftsrat und den Ministerrat erlassenen Verordnungen durch ein Dekret als gesetzlich anerkannt.

Der Hintergrund.

Die plötzliche Rückkehr Carols nach Rumänien ist nur interessant wegen der äußeren Umstände und infolge der ziemlich skandalösen Vorgeschichte seiner Thronentsagung u. Verbannung vor fünf Jahren. Politisch ist es nur noch von untergeordneter Bedeutung. Früher, besonders in den ersten Zeiten nach dem Tode seines Vaters Ferdinand vor drei Jahren, wäre seine Rückkehr in die Heimat einem Putsch gleichgekommen und es wäre ein heftiger Kampf um seine Person entbrannt, der für den innerpolitischen Kurs in Rumänien von außerordentlicher Bedeutung gewesen wäre. Inzwischen ist aber die einstmals allmächtige „liberale" Herrschaft der Familie Bratianu sozusagen auf dem normalen Wege von Parlamentswahlen und Regierungswechsel beseitigt. Carol, den damals die Bauernopposition als eine Art Märtyrer hinstellte, hat allmählich aufgehört, ein innerpolitisches Kampfsymbol zu sein. Seine Rückkehr war nur noch eine Frage der Zeit und war vor allem von der Beilegung heftiger Fehden innerhalb der Königsfamilie abhängig.

Das private Leben der in der Oeffentlichkeit stehenden Menschen sollte grundsätzlich eine private Angelegenheit bleiben und die Oef-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300610-14/fragment/page=0001

sentlichkeit nichts angehen. Diesen Grundsatz könnte man auch auf Monarchen und ihre Familienangehörigen anwenden, wenn nicht gerade sie die Auffassung verträten, daß Könige und Königinnen, Prinzen und Prinzessinnen königlichen Geblütes etwas „Besseres" seien und Inbegriff aller Tugenden darstellten. Auf dieser heuchlerischen Fiktion beruht ja zum großen Teil das Prinzip der erblichen Monarchie, die sich in allen monarchischen Ländern noch obendrein durch den juristischen Begriff der „Majestätsbeleidigung" einen besonderen Schutz, eine Ausnahmestellung gesichert hat. Deshalb ist man berechtigt, dort, wo es nottut, in das Privatleben von Königen und ihren Familienangehörigen hineinzuleuchten.

König Carol II.

Königinmutter Maria.

Ministerpräsident Maniu.

Michael.

In dieser Beziehung bildet freilich die rumänische Hohenzollernsinie ein sehr dankbares Objekt für Enthüllungen. Angefangen mit der Königin-Witwe Maria, der man das Wort der Bibel zubilligen kann: „Es wird ihr viel verzeihen werden, weil sie viel geliebt hat." Ihre Zerwürfnisse mit ihrem Sohne Carol hätten nie einen so scharfen Charakter angenommen, wenn dieser nicht störend in ihre Liebesaffären eingegriffen hätte, die noch immer schöne Fünfzigerin, noch nicht Witwe war.

Carol selbst scheint in erotischen Dingen ein sehr leicht entzündbarer, aber ganz haltloser Mensch zu sein. Wäre er nicht Prinz, sondern ein gewöhnlicher Privatmann, dann würde die „gute" und „fromme" aristokratische und bürgerliche Gesellschaft ihn als einen minderwertigen Charakter verfemen. Heute aber, nach seiner Rückkehr, die sich zu einem Triump gestaltet und inzwischen mit der Wiedereinsetzung in seine Thronrechte geführt hat, werden ihm die Hofschranzen, die Würdenträger der Kirche und der Gerichte, die Zeitungsleute und das „Volk" huldigen und ihn als den „edelsten" der rumänischen Nation preisen. Das ändert aber nichts daran, daß er als Offizier während des Krieges desertierte, um sich in Odessa heimlich mit einem Fräulein Zizi Lambrino trauen zu lassen, daß er sich später bewegen ließ, sich von dieser Gattin scheiden zu lassen, um eine Tochter des früheren Königs von Griechenland zu heiraten, daß er dann wieder ausrückte, um eine Frau Lenescu zu heiraten und daß er jetzt bereit gewesen ist, diese Frau zu opfern, um den Thron wieder besteigen zu können.

Das Komischste an der jüngsten Entwicklung in der Familie Hohenzollern-Sigmaringen ist, daß jener Prinz Nikolaus, den die Königin-Witwe Maria in den Regentschaftsrat eingesetzt hatte, um bis zur Großjährigkeit Michaels die Regierungsgeschäfte mit zu bestimmen, sich inzwischen ebenfalls mit einem bürgerlichen Fräulein eingelassen hat und mit ihr leben will. Auf wie lange, wird nicht gesagt. Aber nun wäre es ja zu paradox gewesen, wenn ausgerechnet dieser Nikolaus die Aufgabe weiter übernommen hätte, den zu wenig „tugendhaften" Carol vom Throne fernzuhalten. Da Maria sich obendrein mit Nikolaus überworfen hatte, hat sie sich ihrem ältesten Sohne Carol wieder genähert und seine Rückkehr anscheinend selbst betrieben.

All das ist recht kompliziert, wenig erbaulich, vom Standpunkt der Skandalchronik aus recht amüsig, vom Standpunkt gerade der bürgerlichen Moral aus recht widerlich, vom Standpunkt der Politik aus aber ziemlich gleichgültig. Nur unter einem Gesichtspunkt ist die neuzeitliche Geschichte der rumänischen Königsfamilie für uns von Bedeutung: sie bildet die schärfste Anklage gegen den monarchischen Gedanken. Wer in Anbetracht solcher Zustände sich noch für das Prinzip der erblichen Monarchie begeistert und die Republik als eine minderwertige Staatsform bezeichnet, ist entweder ein Narr oder ein Heuchler.

Schiele und das Gefrierfleisch.

Eine ungenügende Verlängerung.

Der Reichsernährungsminister hat nach einer Mitteilung der Fleischerzeitung angeordnet, daß von den angemeldeten 36 000 Tonnen zollfreien Gefrierfleisches noch 12 500 Tonnen, und zwar bis zum 30. September d. Js. nach Deutschland eingeführt werden dürfen.

Bezeichnend ist die Feststellung, daß mit dieser zollfreien Einfuhrverlängerung Herr Schiele dem Handel entgegenkommen will. Wir glauben, daß er dem Handel auch entgegenkommen mußte, weil die abgeschlossenen Verkäufe sonst zu Schadenersatzklagen geführt haben würden. Ohnehin sind ja Prozesse gegen das Reich angedroht, weil die bisherige Regelung bis 1933 gelten sollte und sich darauf der ganze Gefrierfleischhandel eingerichtet hat. Erfreulicherweise kommt dieser zwangsläufigen Ausdehnung der bisherigen Gefrierfleischversorgung auch den arbeitslosen Massen zugute.

Der deutsch-türkische Handelsvertrag ist am Sonnabend im türkischen Parlament ratifiziert worden. Er tritt 14 Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Der deutsche Gesandte in Lissabon ermordet.

Von einen geisteskranken deutschen Seemann.

Lissabon, 7. Juni. (Eigenbericht.) Auf den deutschen Gesandten in Lissabon, Dr. von Baligand, wurde am Sonnabend vormittag gegen 11.30 Uhr nach einem Besuch des deutschen Kreuzers „Königsberg" ein Revolverattentat verübt. Von zwei Schüssen in den Kopf getroffen, stürzte von Baligand blutüberströmt zusammen. Er war sofort bewußtlos. Nachmittags gegen 2.30 Uhr ist der Gesandte den schweren Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein auch nur vorübergehend wiedererlangt zu haben.

Der Mörder konnte sofort nach der verbrecherischen Tat auf dem Pier verhaftet werden. Es ist nach den Mitteilungen der Polizei ein stellungsloser deutscher Seemann, der sich seit mehreren Tagen in Lissabon aufgehalten haben soll. Er macht den Eindruck eines Geistesgestörten, hat niemals auf der Gesandtschaft oder im Konsulat vorgesprochen, heißt Franz Piechowsk, ist 39 Jahre alt, in Danzig geboren. Nach Lissabon ist er aus Madrid gekommen. Piechowsk hat gleich bei dem ersten Verhör erklärt, daß er sich mit der Absicht getragen habe, irgendeine Persönlichkeit von Rang umzubringen, gleichgültig, wer es sei.

Piechowski, der am 31. Januar 1891 in Danzig geboren und unbestimmter Staatsangehörigkeit, gab in seinem ersten Verhör an, daß er den Gesandten nicht gekannt hat. Im Jahre 1921 sei er in Lauenburg in Pommern im Irrenhaus untergebracht gewesen. Aus dieser Anstalt sei er nach kurzer Zeit entwichen. 1927 habe er auf dem Dampfer „Essen" der Hugo-Stinnes-Linie gearbeitet. Da er polizeilich verfolgt worden sei, habe er das Schiff verlassen müssen und seit dieser Zeit feste Arbeit nicht mehr gehabt. Jetzt habe er sich für seine Verfolgung gerächt.

Ein Irrsinniger.

Nach begangenem Attentat hat der Angreifer, Franz Piechowsk, nicht zu fliehen versucht. Er schleuderte den Revolver ins Automobil und ließ sich festnehmen. Er erklärte mit verworrener Geste, daß er eine hochstehende Persönlichkeit habe töten wollen, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und so zu beweisen, daß er keinesmegs wahnsinnig sei.

Er habe Kenntnis von dem Besuch des deutschen Geschwaders erhalten und beschlossen, seinen Plan, irgendeine Persönlichkeit umzubringen, auszuführen. Als er das Automobil gesehen habe, das die Insignien der Deutschen Gesandtschaft trug, sei er sofort davon überzeugt worden, daß die Person, die rechts im Wagen Platz genommen hatte, einen hohen Rang bekleiden müßte. Er habe dann, ohne zu wissen, daß es sich um den deutschen Gesandten handelte, geschossen. Als man ihm mitteilte, wer sein Opfer sei, hat er erklärt, daß er endlich in ein bedeutsames Verbrechen hineingezogen sei und daß man von ihm jetzt sprechen würde.

Der Chef des Protokolls des portugiesischen Ministerpräsidenten hat im Namen des Präsidenten der Republik sein Beileid zum Ausdruck gebracht. Die Mitglieder der Regierung, des Diplomatischen Korps und zahlreiche Persönlichkeiten haben das gleiche getan. Ein Ministerrat ist einberufen worden, um über die Angelegenheit zu beraten.

Vorläufige Bestattung.

Lissabon, 10. Juni. (E. F.) Die sterblichen Ueberreste des ermordeten deutschen Gesandten in Lissabon wurden am Montag in Gegenwart des Präsidenten der Republik unter großen militärischen Ehren sämtlicher in Lissabon stationierten Land- und Seestreitkräfte zum deutschen Friedhof in Lissabon überführt. Die Ueberführung der Leiche nach Deutschland erfolgt am Donnerstag auf dem zur Zeit in Lissabon liegenden Kreuzer „Königsberg". Das Schiff soll am Sonnabend in Bremerhaven eintreffen.

Der Mörder wird in den nächsten Tagen von einem portugiesischen Kriegsgericht abgeurteilt werden.

20000 Tote in China.

Schanghai, 10. Juni. (E. F.) Eine offizielle Nachricht aus Hankow beziffert die bei den letzten Kämpfen zwischen den Regierungstruppen und der Nordarmee geforderten Opfer auf 20 000 Tote. Außerdem sollen die Regierungstruppen 10 000 Gefangene gemacht haben.

Aufstände in Bengalen.

Kalkutta, 10. Juni. (E. F.) Im Mindapur-Distrikt kam es zu Kämpfen zwischen der Polizei und 1500 Aufständischen, wobei zahlreiche Aufständische verletzt wurden. Der Oberbefehlshaber der Polizei von Bengalen ist in das Aufstandsgebiet abgereist, wo die Lage sehr ernst sein soll. In Dafpur wurde ein englischer Polizist getötet. Vier Hindus, die angeklagt sind, zwei mohammedanische Polizeioffiziere getötet zu haben, wurden zum Tode verurteilt. 17 indische Soldaten, die bei den letzten Kämpfen den Gehorsam verweigert haben, wurden vor das Kriegsgericht gestellt.

Eine Bombe explodiert.

Lahore, 10. Juni. (E. F.) Während einer öffentlichen Versammlung in einer Stadt bei Lahore explodierte eine Bombe. Verletzt wurde niemand. 24 Mitglieder der allindischen Jugendliga wurden verhaftet.

Das andere Gesicht Indiens.

Hohe indische Offiziere, die dem Prinzen von Wales in London ihren Huldigungsbesuch abstatteten.

Während in Indien die Gährung noch immer im Wachsen ist, gibt es dort weite Kreise, die England freundlich gegenüber stehen, und keine Gelegenheit versäumen, dem Herrscherhaus ihre Ergebenheit auszudrücken. Das sind vor allem die indischen Fürsten und die aus ihrer Kaste hervorgegangenen hohen Militärs, von denen einige auf dem obigen Bild zu sehen sind.

Schluß mit allen Wehrverbänden in Oesterreich.

Wien, 9. Juni. (Eig. Drahtber.) Im Justizausschuß des Nationalrats brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch am Sonnabend folgenden Antrag ein: Die uniformierten Selbstschutzverbände, wie Heimatschutzverband, Heimwehr und Schutzbünde und dergleichen sind verboten. Ihre Neubildung ist untersagt. Die Teilnahme wird als Vergehen bestraft." Der sozialdemokratische Abgeordnete Seitz beantragte: „Aufmärsche von Privatpersonen in militärischer Ordnung unter freiem Himmel sind verboten."

Nun müssen sich auch die Freunde der Heimwehr entscheiden, ob sie für oder gegen den Bürgerkrieg sind. Die Sozialdemokratie ist dagegen.

Kommunistische Ausschreitungen in der Schweiz.

Bern, 10. Juni. (E. F.) Am Sonntag wurden hier nach Abschluß eines Parteitages der schweizerischen Kommunisten 200 Personen festgenommen. Sie hatten versucht, mehrere Straßenbahnwagen zu stürmen und schlugen bei dieser Gelegenheit zahlreiche Wagenfenster ein. Außerdem wurden die Straßenbahnschaffner belästigt.

Französischer Parteitag.

Heftige Debatte über die Wahltaktik.

Bordeaux, 10. Juni. (E. F.)

Der erste Tag des am Sonntag hier eröffneten Parteitags der französischen Sozialdemokratie stand im Zeichen einer zum Teil recht stürmischen Debatte über

die Beziehungen zu den Radikalen.

Der Kongreß begann mit einer Generaldebatte über den Rechenschaftsbericht der Parteileitung. Der zum rechten Flügel der Partei zählende Abgeordnete Ramadier machte sofort einen Vorstoß, indem er fragte, ob die Partei tatsächlich die Absicht habe, mit der republikanischen Disziplin zu brechen und in den offenen Kampf gegen die Radikalen einzutreten. „Jawohl!" rief Cyromski dazwischen. „Tardieu oder Chautemps, das ist für uns ein und dasselbe." „Dann ist auch Cyromski und Tardieu ein und dasselbe", antwortete Ramadier. Es kam zu einer Lärmszene, an der sich hauptsächlich die Tribünen beteiligten, so daß der Vorsitzende die Sitzung unterbrach. In der neuen konnte Ramadier seine Rede beenden. Ihm antwortete

Leon Blum,

der sich zunächst gegen die Zumutung verwahrte, daß die sozialistische Partei vor einem Entweder-oder stehe. Entweder die demokratische Reform oder die sozialistische Revolution, entweder Sozialismus oder Vaterland!" Ein solches Entweder-oder gebe es heute nicht. Die sozialistische Partei sei

eine reformistische und eine revolutionäre Partei zugleich.

Sie sei ebenso unlösbar der Idee der nationalen Unabhängigkeit wie der Organisierung des internationalen Friedens verbunden. Glaube niemand, daß sich der sozialistische Fortschritt unterhalb des demokratischen Regimes verwirklichen lasse. Dies sei auch die These Jaures gewesen. Die von den Radikalen gegen die Partei erhobenen Vorwürfe seien unberechtigt. Sie seien ebenso wie die Zumutung abzulehnen, daß die sozialistische Partei eines ihrer Mitglieder desavouieren oder gar verurteilen solle.

Die Bedingungen des zweiten Wahlganges seien viel zu kompliziert, als daß es der sozialistischen Partei möglich wäre, von vornherein sich zu binden. Nichts destoweniger werde die sozialistische Partei im zweiten Wahlgang stets zu Gunsten eines würdigen demokratischen Kandidaten zu verzichten wissen, auch wenn die Wahl im ersten Wahlgang scharf und erbittert sei.

Renaudel

und der rechte Flügel stimmten lebhaft zu. Es sei nicht wünschenswert und läge nicht im Interesse der sozialistischen Partei, die Radikalen zu zerreiben. Die Radikalen hätten als bürgerliche Linke des Bürgertums auch eine große Aufgabe zu erfüllen. „Wenn die gegenwärtige Opposition der Kammer sich spalte, werde dies nur zu einem Triumph der Reaktion führen.

Cyromski

warf der Rechten vor, sie habe nicht den Mut, den entscheidenden Kampf allein gegen alle rechtsstehenden Parteien aufzunehmen. Grumbach drückte die Hoffnung aus, daß die sozialistischen Erfolge bei den Wahlen nicht mit der Niederlage der Radikalsozialisten parallel oder auf Kosten der Letzteren gehen sollen. Es dürfte kein Abgrund entstehen zwischen Radikalsozialisten und Sozialisten, da dies nur zum Vorteil der Reaktion gereichen könne. Simonet, der neugewählte Abgeordnete von Bergerac, um dessen Mandat der Streit zwischen Radikalen und Sozialisten geht, verlas eine Erklärung, in der er versichert, daß er aufgrund eines rein sozialistischen Programms und nicht irgendeines Paktes mit rechtsstehenden Parteien gewählt worden sei.

In der Montagsitzung warf Renaudel dem Parteivorstand vor, daß er einen Wiedereintritt der rechtsstehenden Elemente in die leitenden Organe der Partei verhindert habe. Er wandte sich ferner scharf gegen Cyromski, der Renaudels realpolitische Taktik verhöhnte. Sein Realismus, so erklärte Renaudel, sei das Bestreben, systematisch die leitenden Posten des Staates zu erobern, um schließlich die gesamte Macht an sich reißen zu können.

Am Dienstag wird das Problem der nationalen Verteidigung besprochen.

Krawalle auf Malta.

Malta, 10. Juni. (E. F.) Während des am Pfingstsonntag in der Kathedrale von dem Erzbischof abgehaltenen Gottesdienstes kam es außerhalb der Kirche zu großen Demonstrationen gegen Italien und den Vatikan. Die Demonstranten versuchten in die Kirche einzudringen, wurden jedoch von der Polizei daran gehindert. Erst lange nach der Beendigung des Gottesdienstes gelang es dem Erzbischof, unter starkem polizeilichem Schutz die Kirche zu verlassen und in sein Palais zurückzukehren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300610-14/fragment/page=0002

England und Palästina.

Genf, 10. Juni. (E. F.) Den Abschluß der Beratungen der Mandatskommission über die Lage in Palästina nach den letztjährigen Unruhen erklärte der britische Unterstaatssekretär Shiel am Montag, daß die arabischen Führer sich in Zukunft unbedingt so verhalten müßten, daß ähnliche Vorkommnisse wie im vergangenen Jahre sich nicht mehr wiederholten. Gegenüber den Juden der ganzen Welt sei festzustellen, daß die Mandatsmacht wohl die Schaffung eines jüdischen Nationalheimes, aber keines jüdischen Staates übernommen habe.

Die Drohbriefaffäre der Reichswehr.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde die Gattin des Reichswehroberleutnants Helmut Warmuth aus Deutsch-Eylau von der Anklage der Beleidigung der Wehrmacht, der Urkundenfälschung und des Betrugs nach Paragraph 113 des St.G.B. freigesprochen. Frau Warmuth war beschuldigt worden, an das Reichswehrministerium eine Reihe anonyme und pseudonyme Briefe geschrieben zu haben. Durch den Inhalt dieser Briefe war u. a. Major Schubert aus Stettin, unter dessen Leitung Warmuth an einem Führerkursus in Stettin teilgenommen hatte, belastet worden. Man nahm infolgedessen an, daß gekränkter Ehrgeiz die Frau Oberleutnant, die selbst jede Schuld bestreitet, zu ihren Verfehlungen getrieben haben könnte. In den Briefen werden die Kameraden des Angeklagten u. a. als „ehrlose Lumpen" bezeichnet, falls sie die ihnen zuteil werdende Behandlung bei der Reichswehr, wo „Offenheit und Wahrheit als Frechheit gedeutet" werden, gefallen ließen. In einem der Briefe schreibt ein angeblicher Drucker dem Chef der Heeresleitung, daß bei ihm die Herstellung von 1000 Flugblättern, in denen Mißstände bei der Reichswehr aufgedeckt werden würden, in Auftrag gegeben worden sei. Trotz verschiedener Vorhaltungen des Vorsitzenden und trotz eines sachlichen Indizes, blieb die Angeklagte dabei, die inkriminierten Briefe nicht verfaßt zu haben. Der Freispruch erfolgte trotz mehrerer Verdachtsmomente, wegen Mangels an Beweisen.

Nientimps Immunität wird aufgehoben. Der Rechtsbeistand des Reichstagsabgeordneten des Zentrums Nientimp-Bochum teilt mit, daß gegen Nientimp in Dortmund ein Strafverfahren schwebe. Nientimp habe deshalb in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten um Aufhebung seiner Immunität gebeten.

Die Union der Völkerbundsvereinigungen beschloß am Sonnabend, ihre nächste Tagung im Jahre 1931 in Budapest abzuhalten. Dieser Beschluß wurde gegen den Widerstand der Delegationen der Kleinen Entente und Polen gefaßt.

Aus aller Welt.

Pfingstschatten der Weltstadt.

In der Umgebung von Berlin ereigneten sich während der Pfingsttage zahlreiche Autounfälle, die nach den bisher vorliegenden Meldungen vier Todesopfer forderten. Die Zahl der durch Unfälle schwer bzw. leicht verletzten Personen ist ebenfalls außerordentlich hoch. In den Vormittagsstunden des ersten Feiertages tötete ein 38jähriger Angestellter im Tegeler Forst zunächst seinen achtjährigen Sohn und schoß sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Als Motiv zu dem Verzweiflungsschritt wird Schwermut und Krankheit vermutet. Vor einiger Zeit hatte der Lebensmüde seine Frau durch den Tod verloren.

Opfer des Luftzirkus. Der tschechische Luftakrobat Kapitän Malkowsky stürzte in Karlsbad bei einem internationalen Flugfest aus einer Höhe von 200 m tödlich ab. Malkowsky war als Militärflieger unter dem Namen „Der rote Teufel" bekannt. Er durfte seiner Zeit als einziger sein Flugzeug rot anstreichen lassen.

14 Personen an Alkoholvergiftung gestorben. Am Sonnabend und Sonntag sind in Newyork 14 Personen an Alkoholvergiftung gestorben. In einem Restaurant wurden 40 Liter Alkohol gefunden, der als „vergiftet" gekennzeichnet war.

Ein zweiter Fall Tetzner? Die Fuldaer Kriminalpolizei ist einem Versicherungsbetrug auf die Spur gekommen, der in seinen grausigen Details eine starke Aehnlichkeit mit dem Fall Tetzner aufweist. Am 1. Januar 1928 verschwand in Fulda der 32 Jahre alte Arbeiter Alberding, ohne daß von dieser Zeit ab seine Familie noch etwas von ihm gehört hätte. Im August des gleichen Jahres fand man im Wald bei Saalfeld in Thüringen eine Leiche, die die Kleidung des Alberding trug; auch die Papiere lauteten auf den Namen Alberding. Damals kam bereits der Verdacht auf, daß es sich nicht um die Leiche Alberdings handele. Nach dem von dem Arzt erstatteten Gutachten ist der Tote ein bestenfalls 22 Jahre alter Mann, der bedeutend kleiner ist als Alberding. Eine Besichtigung der sehr stark verwesten Leiche ergab schließlich eine Reihe von Momenten, die die Feststellungen des Arztes bestätigten. Wie nachträglich bekannt wird, hatte Alberding von seinem Verschwinden eine Lebensversicherung in Höhe von 20 000 Mark abgeschlossen. Um seine Kinder und indirekt sich selbst in den Besitz dieser Versicherungssumme zu bringen, hat er entweder einen fremden Mann im Walde bei Saalfeld ermordet oder die Leiche eines Fremden so hergerichtet, daß er als Alberding erkannt werden könne. Die Kriminalpolizei geht außerdem anderen Spuren nach.

Fluchtversuch des „Spritschmugglerkönigs der Ostsee". Wie aus Helsingfors gemeldet wird, unternahm der Finnländer Nissa, der unter dem Namen „Spritschmugglerkönig der Ostsee" bekannt ist, von dem ihm zur Auslieferung an die finnischen Behörden nach Aaborg bringenden Dampfer einen Fluchtversuch. In der Nähe der Küste versetzte er dem ihn bewachenden Beamten einen Stoß vor die Brust und sprang durch eine offene Luke in die See. Eine von der Polizei sofort aufgenommene Jagd nach dem Flüchtling verlief ergebnislos. Erst nach fünf Stunden gelang es durch einen Zufall, Nissa zu finden, der dann in Fesseln gelegt und wieder an Bord gebracht wurde.

Die Buer-Katastrophe vor Gericht. Das erweiterte Schöffengericht in Köln wird am 30. Juni gegen den Lokomotivführer Heinrich Nordhausen aus Hamm in Westfalen und gegen den Reichsbahnoberfekretär Ludwig Fischer aus Düren verhandeln, denen zur Last gelegt wird, durch Fahrlässigkeit das große Eisenbahnunglück bei Buer am 25. August 1925 verursacht zu haben.

Gefirnißter Einstein. Professor Albert Einstein hielt vor den Hörern der Universität Nottingham einen Vortrag über seine neue Raumtheorie in deutscher Sprache. Zur Erläuterung seiner Ausführungen schrieb Einstein einige Formeln auf eine Wandtafel, die das Rektorat der Universität zu firnissen und unter Glas und Rahmen zu setzen beschloß. Einsteins Raumtheorie ist noch nicht ganz fertig, aber heute schon ebenso vielfach und oft unsachlich besehdet, wie es vor einigen Jahren die Relativitätstheorie war. Es ist möglich, daß dem Nottinghamer Vortrag einmal eine gewisse historische Bedeutung zukommen wird, da die neue Lehre Einsteins von phänomenaler Bedeutung sein soll.

Der „Goldmacher" ist wieder da! Der aus der Haft entwichene Düsseldorfer „Goldmacher" Kurschildgen ist „von der Reise zurück". In einer Autodroschke fuhr er vor dem Gefängnis vor. Er hat seinen „Urlaub" dazu benutzt, sich sehr gut einzukleiden und reichlich mit Geld zu versehen.

Die deutsche Note über Neuhöfen.

Der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Rauscher hat der polnischen Regierung am Sonnabend eine Note folgenden Inhalts übergeben:

„Die deutsche Regierung hat Kenntnis von dem Protokoll vom 6. d. Mts. erhalten, mit dem die für die Untersuchung des Grenzzwischenfalles bei Neuhöfen eingesetzte deutsch-polnische Kommission ihre Arbeiten abgeschlossen hat.

Die deutsche Regierung bedauert, daß die Kommission trotz des durch die Beweisaufnahme in nahezu allen Einzelheiten klargestellten Tatbestandes und trotz des besten Willens der deutschen Kommissionsmitglieder nicht in der Lage gewesen ist, einen gemeinsamen und einheitlichen Bericht an die beiden Regierungen zu erstatten. Die deutsche Regierung hat auf Grund der beiden Gutachten der deutschen und der polnischen Kommissionsmitglieder sowie an Hand der Zeugenaussagen und der übrigen Beweiserhebung das Ergebnis der Untersuchung nochmals eingehend geprüft. Sie ist dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Gutachten der deutschen Kommissionsmitglieder den Tatbestand richtig darstellt. Diese Darstellung, die schon nach der ganzen Lage der Umstände die innere Wahrscheinlichkeit für sich hat, wird durch die erhobenen einzelnen Beweise außer Zweifel gesetzt. Die in dem Gutachten der polnischen Mitglieder enthaltene Kritik an einzelnen Beweisen ist entweder unerheblich oder entkehrt, wo sie erheblich wäre, einer irgendwie haltbaren Begründung.

Die deutsche Regierung erachtet hiernach

folgende Tatsachen als festgestellt:

Polnische Grenzschutzbeamte haben den Versuch gemacht, deutsche Grenzbeamte zur Aushändigung von geheimem Material zu verleiten. Zur Empfangnahme dieses Materials haben zwei polnische Grenzschutzbeamte, die zu ihrem Schutz uniformierte und bewaffnete Grenzsoldaten bis an die deutsche Grenze mitgenommen hatte und selbst mit Revolvern und einer Handgranate ausgerüstet waren, die deutsche Grenze überschritten und sich in die deutsche Paßkontrollbaracke bei Neuhöfen begeben. Diese beiden polnischen Beamten haben gegen ihre gesetzmäßige Verhaftung mit den Waffen in der Hand Widerstand geleistet und dabei einen deutschen Beamten verwundet, der seinerseits einen polnischen Beamten verwundet hat. Fast gleichzeitig mit diesen Vorgängen haben die erwähnten polnischen Grenzsoldaten die deutsche Grenze überschritten und in der Richtung auf das deutsche Gebiet sowie auf die deutsche Paßkontrollbaracke Schüsse abgegeben.

Das in dieser Weise von den polnischen Beamten begangene Unrecht wird nicht dadurch entschuldigt, daß diese Beamten deutschen Grenzbeamten landesverräterische Angebote zugetraut und daß die deutschen Beamten sich in Wahrung berechtigter Interessen zum Schein auf die polnische Initiative eingelassen haben. Daß der eine der polnischen Grenzschutzbeamten seinen Verwundungen erlegen ist, wird von der deutschen Regierung aus Gründen der Menschlichkeit aufrichtig bedauert; an der Beurteilung der Vorgänge wird dadurch indes nichts geändert.

Als die polnische Regierung es unmittelbar nach dem Zwischenfall für angebracht hielt, bei der deutschen Regierung wegen eines angeblichen Unrechts deutscher Beamten Verwahrung einzulegen, hat die deutsche Regierung dies sofort zurückgewiesen und ihrem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß die polnische Regierung sich zu einem solchen Schritte entschlossen hatte, obwohl damals der Tatbestand noch nicht klar zu übersehen war und obwohl die polnische Regierung dies durch den Vorschlag der Einsetzung einer gemischten Kommission selbst zugab. Das Ergebnis der jetzt durchgeführten Untersuchung beweist, daß die damalige Stellungnahme der deutschen Regierung vollauf berechtigt war. Darüber hinaus muß die deutsche Regierung jetzt aber ihrerseits Protest gegen das gesamte Verhalten der beteiligten polnischen Beamten erheben. Die deutsche Regierung erwartet, daß die polnische Regierung die schuldigen Beamten zur Rechenschaft ziehen und die erforderlichen Maßnahmen treffen wird, um die Wiederholung derartiger, für die nachbarlichen Beziehungen gefährlicher Vorgänge zu verhüten.

Gegen den in Haft befindlichen polnischen Grenzschutzbeamten ist das ordentliche Strafverfahren eingeleitet."

*

Es kann, wie es die deutsche Note feststellt, kein Zweifel darüber herrschen, daß die Hauptschuld an dem Zwischenfall in Neuhöfen auf das Konto der polnischen Spionage-Organisation zu schreiben ist. Aber auch das Verhalten der deutschen Beamten in Neuhöfen kann nicht als völlig einwandfrei bezeichnet werden. Seit wann ist es die „Pflicht" deutscher Grenzbeamter, die Kontrolleure der Gegenseite in eine Falle zu locken? Wir müssen schon sagen, daß uns dieses Pflichtgefühl mehr als sonderbar anmutet.

Riesenbrand in Nykjöbing.

Kopenhagen, 10. Juni. (Telunion.) Ein großer Teil der dänischen Hafenstadt Nykjöbing am Falster, die 15 000 Einwohner zählt, steht seit der Nacht zum Sonntag in Flammen. Das Feuer entstand in einem Holzlager am Hafen. Infolge starken Windes dehnte sich der Brand auf die Lagerhäuser und auf das Geschäftsviertel und auf Wohnhäuser aus. Mehrere Kornsilos, Tabak- und Zigarrenfabriken sind in Mitleidenschaft gezogen worden.

Der Brand verursachte einen Schaden von 3½ Millionen Kronen. Das Feuer breitete sich infolge des orkanartigen Sturmes sehr schnell aus. Der Brand dürfte wahrscheinlich durch Landstreicher verursacht worden sein, die in einem Holzlager übernachteten.

Flugzeugstart vom fahrenden Luftschiff aus

Das Flugzeug am Traggestell der „Los Angeles".

Bei der amerikanischen Luftflotte fanden interessante Versuche statt, ein Flugzeug vom Luftschiff „Los Angeles" aus starten zu lassen. Das Luftschiff stieg mit dem Flugzeug, das durch eine besondere Tragvorrichtung gehalten wird, auf. Während der Fahrt wurden die Ankerhaken gelöst und das Flugzeug startete direkt in der Luft.

Piscator und Frick. Aus Weimar wird berichtet: Piscators Kollektiv, dessen Aufführungen in Thüringen durch Frick verboten wurden, erlebte in Erfurt mit Credes „§ 218" einen ungewöhnlichen Erfolg, so daß man das dreitägige Gastspiel um zwei weitere Vorstellungen verlängern will. Die Schadenersatzklage gegen den Minister Frick ist eingeleitet, 50 000 Mark werden gefordert. Die Höhe des Schadenersatzes wird nicht nur mit dem Ausfall der Vorstellungseinnahmen, sondern auch damit begründet, daß das böse Beispiel Fricks in Würzburg und Nürnberg zu weiteren Verboten Anlaß gegeben habe.

Schreckenstaten koreanischer Kommunisten. Eine Bande von 100 koreanischen Kommunisten bombardierte koreanische Häuser und Schulen sowie die japanischen Konsulate in Yenki, Lungtschingtsun und anderen Städten und setzte sie in Brand. Außerdem zerstörte sie Verkehrsmittel und elektrische Kraftwerke. Chinesische Truppen und japanische Polizei vertrieben sie.

„Frenzel" in Bonn. Mit dem Freispruch eines 56jährigen Arbeiters durch das Schöffengericht Bonn ist eine Gerichtsverhandlung beendet worden, die etwas an den Fall des Amtsvorstehers Frenzel aus Potsdam-Bornim erinnert. Die 19jährige Tochter des Angeklagten beschuldigte diesen, mit ihr fortgesetzt Blutschande getrieben zu haben. Das Gericht glaubte der Belastungszeugin nicht und wies nach, daß diese sich absichtlich in das Lügengewebe verstrickt hatte, um ihre zweite uneheliche Niederkunft mit dem angeblich an ihr verübten Incestverbrechen zu begründen.

Verurteilung eines Toten. Das Strafgericht in Chalons (Frankreich) hat einen Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl der Bestrafte sich längst dem irdischen Richter entzogen, nämlich aus Furcht vor einer Verurteilung Selbstmord verübt hat. Der Verurteilte war ein Bauernknecht, der einem Nachbarn aus dem Motiv der Rachsucht einige Bäume gefällt hatte. Da aber der Selbstmord des Angeklagten doch nicht ganz einwandfrei festgestellt ist, und da auch mit der Möglichkeit eines Unfalles gerechnet wird, glaubte sich das Strafgericht berechtigt, mit der Verurteilung des Toten in die Kompetenz der ewigen Gerechtigkeit einzugreifen.

Eine amerikanische Großfunkstation. Die Mackay Radio and Telegraph Co. errichtet, wie ein Funkspruch aus Newyork meldet, eine Großfunkstation für den Ueberseeverkehr in Cutshing, zehn Meilen südlich von Rockland (Maine).

Der unbegrabene Zigeunerleichnam. In Waidmannslust bei Berlin starb eine Zigeunerin. Die Frau wurde unter dem Wagen, in dem sie gewohnt hatte, aufgebahrt und mit einem provisorischen Zelt bedeckt; Kopf und Füße blieben frei. In diesem etwas merkwürdigen Zustand blieb die Leiche, besehen und betrauert von Hunderten aus allen Teilen der Weltstadt herbeiströmenden Zigeunern, drei Tage lang auf offener Straße liegen. Da die Trauer um die teure Tote ziemlich intensiv betrieben wurde, ist Waidmannslust von einer Zigeunerinvasion heimgesucht worden. Ein polizeilicher Versuch zum vorzeitigen Abtransport der Leiche wurde als Beleidigung empfunden und entrüstet abgewehrt. Erst nach dem Ablauf voller drei Tage war der Kultvorschriften der Zigeuner Genüge geleistet, so daß die Beerdigung erfolgen konnte.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte).

36 tote Kinder in Lübeck.

Lübeck, 10. Juni. (EF). Die Zahl der Calmette-Opfer ist während der Pfingstfeiertage um weitere 8 auf 36 gestiegen. Der Bevölkerung hat sich eine außerordentliche Erregung bemächtigt.

Von einem vorbeifahrenden Zuge getötet.

Bingen-Rhein, 10. Juni. (Telunion). Auf der Strecke nach Niederburg lehnte sich aus einem Abteil des Zuges in dem eine Fußballmannschaft Platz genommen hatte, einer der Insassen zu weit aus dem Fenster heraus und wurde von einem aus entgegengesetzter Richtung vorbeifahrenden Güterzuge erfaßt und getötet.

Beim Baden ertrunken.

Düsseldorf, 10. Juni. (Telunion). Der Rhein hat auch an den beiden Pfingstfeiertagen wieder Opfer gefordert. So ertrank am Sonntagnachmittag ein 15jähriger Junge in der Nähe von Mönchenwerth. Am Montagmittag ertranken in der Nähe des Pappelwäldchens zwei Brüder vor den Augen ihrer drei Geschwister, die am Ufer des Rheins standen, ohne den Ertrinkenden Hilfe leisten zu können.

Abschluß des englischen Weberstreiks.

London, 10. Juni. (EF). Die drei wichtigsten Weber-Verbände beschlossen, den nunmehr neun Wochen dauernden Weberstreik in Nordengland offiziell zu beenden. Ein Teil der Arbeitnehmer will am Dienstag die Arbeit wieder aufnehmen. Ein anderer Teil wird weiter streiken.

Explosionsunglück beim Tunnelbau.

London, 10. Juni. (Telunion). Bei dem Bau eines Felsentunnels unter dem Detroit-Fluß, in der Nähe der Stadt Detroit, explodierten 250 Pfund Dynamit. Sechs Arbeiter wurden getötet und zehn verletzt.

Vom französischen Parteitag.

Bordeaux, 10. Juni. (EF). Auf einem am Montagabend abgehaltenen Bankett zu Ehren der Delegierten des sozialistischen Parteitages erklärte der englische Delegierte Harry Snell, daß die englische Arbeiterpartei Indien die Rechte eines Dominions verleihen werden. Der Präsident der Arbeiter-Internationale Bandervelde richtete an die Kongreßteilnehmer einen glühenden Appell zur Einigung. Renaudel und Blum betonten, daß die französische sozialistische Partei trotz aller Dispositionen stets brüderlich einig bleibe. Niemand denke auch nur an die Möglichkeit einer Spaltung.

Selbstmordversuch eines Sowjetkommissars.

Warschau, 10. Juni. (Telunion). Auf der Eisenbahnstation Biala Podlaska, unweit der sowjetrussischen Grenze, versuchte der nach Moskau zurückberufene sowjetrussische Kommissar Naumow sich unter die Räder des fahrenden Zuges zu werfen. Er wurde von einem Unbekannten, angeblich handelt es sich um einen GPU.-Agenten an diesem Vorhaben gehindert. Kurz darauf brachte er sich mit einem Messer mehrere Stiche in den Unterleib bei. Mit schwerne Verletzungen wurde er ins Krankenhaus gebracht. Naumow befürchtet, von der GPU. zur Verantwortung gezogen zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300610-14/fragment/page=0003

Wer Hypotheken
Kauf- und Bau-Geld
Darlehen, eventl. Möbel-Sicherheit, diskret und reell, sucht, verlange Auskunft geg. Rückporto unter G. 690 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Volkswohl-Lotterie
Ziehung heute bis 14. Juni
Hauptgewinne
150 000, 75 000, 50 000 usw.
Lose zu 1.00 Mk. bei
Junkermann, Ritterstraße Nr. 13
Staatl. Lotterie-Einnehmer.

Auto-Vermietung 1067
H. Wilmsköttter

Photo-Arbeiten
werden schnell und gut ausgeführt
Löwen-Drogerie
Walter-Rathenau-Straße 60.

Gelegenheitskäufe in Motorrädern!
NSU, Ardie, D.K.W. etc., tadelloser Zustand, kompl., fahrbereit, Triumph 50.— Mk.
Kiehn,
Kühlingerstraße 14

Lastwagen-Magnet
guterhalten, links laufend, sucht zu kaufen
Willi Duhme,
Harsleberstraße, „Schwarzer Adler".

Ein Schlafzimmer
Eiche imitiert, mit Nußbaum abgesetzt und echtem Marmor, bei abzugeben, komplett spott. 485.00 Mk.
Otto Ganso,
Tischlermeister
Schmiedestraße Nr. 15.

Bremer Kluten 1/4 Pfd. 30 Pf.
Pfefferminz-Reliefs 1/4 Pfd. 50 Pf.
Smyrna-Kugeln 1/4 Pfd. 40 Pf.
Gefüllte Mokkabohnen 1/4 Pfd. 35 Pf.
Most gefüllte Mokkabohnen 1/4 Pfd. 70 Pf.
Hütchen-Pralinen 1/4 Pfd. 20 Pf.
Pfefferminz-Pralinen 1/4 Pfd. 30 Pf.
Ingwer-Stäbchen 1/4 Pfd. 50 Pf.
Walnuß-Pralinen 1/4 Pfd. 50 Pf.
Weinbrand-Kirschen 1/4 Pfd. 50 Pf.
Heinrich Salge
Martiniplan 23/24. Tel. 2701.

Wohlausgerüstet für die Badezeit
zeigt unsere Abteilung
Bade-Artikel
eine überraschend schöne und reiche Auswahl zweckmäßiger Qualitäten zu besond. billigen Preisen - - Wir führen die bekanntesten und bewährtesten Marken: Goldfisch, Juvena, Elker (Trockenwolle)

Damen-Badeanzüge aus schwarz. und farbigem Trikot . 2.45 1.95 1.65	95 Pf.
Damen-Badeanzüge aus farbigem Trikot, fesche Musterung . 4.90 3.50	2.90
Herren-Badeanzüge aus modern gestreiftem Trikot . . . 2.95 1.95	1.35
Badeanzüge für Damen und Herren reine Wolle in hübschen Streifen . .	6.50
Kinder-Badeanzüge aus buntem Trikot, reizende Muster . . 1.95 1.45	95 Pf.
Bade-Mäntel und -Capes in hübschen eleg. Macharten 12.50 7.90	4.90
Strand-Anzüge, die große Mode Riesenauswahl entzückender Neuheiten 12.25 10.50	7.75
Bade-Hauben und -Helme in hübschen Farben . . . 1.45 95 75	45 Pf.
Bade-Gürtel aus uni und buntem Gummi . 95 65	50 Pf.
Bade-Schuhe schwarz und farbig . . 2.45 1.95 1.25	50 Pf.
Strand-Hüte aus Bast und Leinen 3.25	2.75
Bade-Tücher 100×150, hübsche, bunte Muster 5.90 4.90	3.90
Kinder-Badetücher schöne Muster 2.45	1.95

Wasserbälle, Wassertiere, Strandschirme, Gummibeutel in großer Auswahl

EBSTEIN
Das Haus der guten Qualitäten und der niedrigen Preise.

Geld in jeder Höhe, gegen Sicherheit, auf Möbeln, Geschäftsdarlehen, Hypotheken, Baugelder. Nachweisbare Auszahlung, langjährige Kredite. Keine Vermittlung. Diskret.
A. E. Elolf, Halberstadt,
Ritzenbergstraße 1, 1 Tr.

Jeder blaue Postbriefkasten eine Baumann-Filiale
Bevor Sie verreisen, unterrichten Sie sich über den Baumann-Photo-Reisedienst
Breiteweg 62, im Thüringer Hof

Geschäftseröffnung!
Ich habe in der **Kühlingerstraße 30** eine
Obst-, Gemüse- und Südfruchthandlung
eröffnet und bitte die werten Einwohner von Halberstadt mich gütigst unterstützen zu wollen.
Frieda Rauhe, Kühlingerstr. 30.

Spiegelsberge
Mittwoch, den 11. Juni 1930 nachmittags und abends
singt Herr Josef Weiser
u. a.: „Immer nur lächeln"! . . . . und „Dein ist mein ganzes Herz", aus „Das Land des Lächeln's", von Lehar
Mitwirkung: Kapelle Hammermüller
Anfang 3½ Uhr und 8¼ Uhr
Eintritt frei! Eintritt frei!

Wartburg
jeden Mittwoch und Sonntag nachmittags 3½ Uhr:
Künstler-Konzert
Persönliche Leitung Herr Kapellmeister **Göricke.** Eintritt frei.

Sternwarte
Jeden Mittwoch und Sonntag
Künstler-Konzert
Anfang 3½ Uhr :: Eintritt frei

Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse des Vereins deutscher Arbeiter
Donnerstag, 12. Juni 1930, abends 8 Uhr, in Königs Hotel:
Außerordentl. Generalversammlung
Tagesordnung: Beschlußfassung u. Genehmigung neuer Satzungen. — Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand: H. Schrader.

Die Aerzte von Halberstadt
haben in der Sitzung vom 5. Juni 1930 beschlossen, infolge der Steigerung der Berufsunkosten u. der Einbeziehung des ärztlichen Berufes in die Gewerbesteuer die ärztlichen Gebühren mit Wirkung vom 1. April 1930 entsprechend zu erhöhen.

Muttermilch ist unersetzlich!
Ihr Kindchen wird aber nicht mehr satt? Sie werden absetzen müssen, sind traurig darüber! Fürchten, das Kleine wird dann nicht gut gedeihen! Wissen Sie, was der Arzt in solchem Falle sagt? „Köstritzer Schwarzbier" trinken! Das unterstützt die Milchbildung kräftig. — Trinken Sie es dem Kinde zuliebe! Aber auch Ihrem Körper kommen die ärztlich anerkannten, die Gesundheit fördernden Eigenschaften des „Köstritzers" zugute.
Beginnen Sie gleich, damit das Kleine satt wird! Tun Sie im Anfang etwas Zucker an das Bier, falls es Ihnen zu herb sein sollte.
Generalvertretung: Biergroßhandlung Emmy Sturm, Harsleberstraße 6. — Fernruf 2449.
Ausschank vom Faß in der Ratsgarküche, H. d. Rathaus.

Buchen-Brennholz billiger!
Je Korb ab Werk (Selbstabholung) 80 Pf., je Raummeter (frei vors Haus) 13 RM., geben ab
Sägewerke:
Aug. Brehme
Mahndorferstraße 20 Fernruf 2010.
L. Müller Nachf.
Sargstedterweg 2. Fernruf 1936.

Drucksachen für Handel und Gewerbe, Vereine, Behörden u. jeden anderen Bedarf: liefert billigst die Buchdruckerei des „Halberstädter Tageblatt"

Ab 3. Festtag ist die
Heißmangel
Sedanstraße 9, in Betrieb.

35. (261.) Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie
Die amtliche Gewinnliste zu 10 Pfg. ist erschienen.
Gewinne, Ersatzlose u. Erneuerungslose können abgeholt werden!
Erneuerung zur 3. Klasse muß **bis 11. Juni** erfolgen.
Ziehung 3. Klasse am 18. und 19. Juni.
Die Staatlichen Lotterie-Einnehmer.
Junkermann, Ritterstr. 13. **Strobach,** Kühlingerstr. 3.

Neu aufgenommen:
Serien-Kleider
in allen Stoffarten und Größen
5 Schlager:
RM. 6.50 9.50 12.50 15.00 19.50
Emil Kraemer
Schmiedestraße 28/29

Lacke? Farben? Schablonen? Pinsel?
Nur aus der „Drogenhandlung"
Otto Henicke
Spezial-Lackenhandlung
Pfeiffer 6 Fernruf 2559

Lederjacken
Farbenechte „Original-Kapp"
schwarz . . . . . Mk. 58.—
braun . . . . . Mk. 65.—
Lederwarenfabrik Röber
Halberstadt
Quedlinburgerstraße 96

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Hautschäden u. offene Beine. Ratsapotheke.

Mittwoch mittag trifft ein Transport
Ferkel u. Futterschweine
ein. **Hartmann.**
Wehrstedt. Telef. 1825

Tauschule Kastede bei Bremen
von C. Rohde, zwei Semester, Programm frei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300610-14/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 133 — Dienstag, den 10. Juni 1930 — 5. Jahrgang

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 10. Juni.

Gedenktage.

10. Juni.

1580 †Portugiesischer Dichter Luiz de Camoens. — 1836 †Phys. Andre Marie Ampere. — 1904 †Dichter Karl Weitbrecht. — 1919 Parteitag in Weimar. — 1921 Soz. Abg. Gareis ermordet. — 1924 Italienischer Sozialistenführer Matteotti von Faschisten ermordet.

Vor dem Strafrichter.

Ein pflichtvergessener Postbeamter.

Wegen des schweren Verbrechens der Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung usw. hatte sich der Postschaffner Seifert aus Unseburg vor dem Halberstädter Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte war seit 1919 als Postschaffner in Unseburg tätig, nachdem er vorher dieselbe Tätigkeit in Magdeburg ausgeübt hatte. Seine dienstl. Führung war aber nicht ganz einwandfrei. Er ließ sich verschiedentlich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen. Einen ganz groben Verstoß gegen seine Beamtenpflichten beging er jedoch am 2. Oktober 1929. Er hatte eine Postanweisung über 48 Mark auszuzahlen. Er zahlte aber den Betrag nicht aus. Trotzdem trug die Postanweisung den Vermerk, daß das Geld an den Empfänger am genannten Tage ausgehändigt sei. Der Staatsanwalt beantragte unter Zubilligung mildernder Umstände 10 Monate Gefängnis. Das Gericht ging aber darüber hinaus und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wurde abgelehnt, evtl. soll dem Angeklagten nach Verbüßung der Hälfte der Strafe für den Rest Bewährungsfrist gewährt werden.

Eine Ehetragödie.

Der 27jährige Otto B. aus Westeregeln hatte eine an Jahren bedeutend ältere Frau geheiratet. Darauf ist es wohl zurückzuführen, daß die Ehe sich unglücklich gestaltete. Es kam soweit, daß die Frau bei der Polizei Anzeige erstattete, ihr Mann habe sich an ihrer 17jährigen Tochter, die sie mit in die Ehe gebracht hatte, vergangen. Er wurde daraufhin vor einigen Tagen in Haft genommen und hatte sich nun im Schnellverfahren zu verantworten. Er stritt alles ab. Frau und Stieftochter nahmen überraschenderweise ihre Beschuldigungen zurück. Unter Tränen erklärt die Frau, sie habe die Anzeige nur erstattet, weil sie wegen der dauernden Mißhandlungen einen Scheidungsgrund haben wolle. Daraufhin mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Und alles fährt Motorrad . . .

Ein Motorrad mochte der Viehhändler L. aus Mehlsdorf im Kreis Salzwedel gar zu gern haben. Aber woher nehmen? Der Dalles war nämlich groß. Aber wozu gibt es denn das Abzahlungssystem? Also wurde ein Rad auf Stottern gekauft, ans Bezahlen aber nicht gedacht. Das Motorrad verkaufte er aber gleich darauf in Schadeleben wieder für 1200 Emmchen und hatte sich dadurch der Unterschlagung schuldig gemacht. Da er hinterher Angst bekam, hatte er sich verborgen gehalten. Er wurde auf Grund eines Steckbriefes verhaftet. Er kam aber noch mit einem blauen Auge davon, denn die Strafe von einem Monat Gefängnis, zu der er verurteilt wurde, gilt durch die Untersuchungshaft für verbüßt.

---

* **Zum Halberstadttreffen der mitteldeutschen Tanzkreise am 14. und 15. Juni.** Wenn man allgemein hört „Volkstanz", so treten uns die Bilder von singenden Kindern vor die Augen, die zum „Tänzchen" singen und harmlos herumhüpfen, oder vielmehr herumhuppeln. Oder man zeigt von Jungen und Mädeln Singtänze (die ja noch unrechterweise nur unter Volkstanz verstanden werden). Schön aufgeputzt auf der Bühne, einmal eingeübt und wieder vergessen. Will man den Erwachsenen oder „Nichteingeweihten" etwa das vorsetzen? Beileibe nicht. Es heißt „Jugend- und Volkstanz". Dies sagt ja, daß hier ein Unterschied besteht, und zwar ein ganz gewaltiger. Es besteht heute im deutschen Land eine Bewegung, deren Anfänge bis an die Jahrhundertwende zurückreichen, die nach besserem Tanz und nach edlerer Geselligkeit sucht. Sie hat den Walzer, den Rheinländer die Polka und vor allem die schönen, alten Bauerntänze „Bunte Tänze" aus dem unerschöpflichen Born unseres Volkstums hervorgeholt, gesammelt, der heutigen Zeit angepaßt, und neben die modernen und, daß muß wohl zugegeben werden, seelenlosen und uns artfremden Gesellschaftstänze gestellt. Aber die Bewegung ist nicht mehr rückwärtsschauend und hat nicht nur die alten Bauerntänze hervorgeholt, sondern sie hat auf diese aufbauend neue Tänze, Jugendtänze und Gemeinschaftstänze, geschaffen. Wer hätte nicht schon beim Zusehen, vielmehr noch beim Mittanzen, den guten Geist und lebendigen Rhythmus dieser Tänze gespürt? Freilich, wer nur das sogenannte „Amusement" dabei sucht, der wird kurz kommen, und das mit Recht, denn zwiel Erhabenes und Großes lebt nn unseren Volksbräuchen, Volksliedern und Tänzen. Und trotzdem hat das, was dort ist, den Rhythmus unserer Zeit.

* **Vor dem Arbeitsgericht.** Ein Arbeiter des Futtermittelhändlers Ganso hatte sich krank gemeldet. So etwas darf natürlich nicht vorkommen. Also wurde der Arbeiter fristlos entlassen. Dieser ließ sich das nicht gefallen und klagte vor dem Arbeitsgericht auf Entschädigung. Der Beklagte war zunächst gar nicht geneigt, auf irgend etwas einzugehen, da der Kläger, wie er meinte, ja doch nur simuliert habe, obwohl eine ärztliche Bescheinigung vorlag. Als ihm endlich mit Mühe und Not klargemacht war, daß er damit nicht durchdringen würde, erklärte er sich zu einem Vergleich bereit. Er kam aber mit einem neuen Hindernis! Vor Pfingsten sollte der Arbeiter das Geld durchaus nicht bekommen. Als Kollege Backsmann dann aber erklärte, daß die Sache dann der Kammer übermiesen werden müßte, erklärte er sich doch bereit, wenigstens einen Teil noch vor Pfingsten und den Rest später zu zahlen. — Auch die Stadt Halberstadt zeigt, daß ihr soziales Empfinden der Arbeiterschaft gegenüber noch zu wünschen übrig läßt. Mehrere städtische Arbeiter waren aus dem Dienst der Stadt entlassen. Die Arbeiter verlangen nun die Bezahlung des fälligen Urlaubs. Da ihnen das verweigert wurde, erhob der Gesamtverband Klage vor dem Arbeitsgericht. Die Stadt ließ nun durch ihren Vertreter erklären, daß die Kläger keinen An-

Arbeitsmarktlage im Nordharzgebiet.

2533 Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen.

Halberstadt, den 10. Juni.

Die allgemeine Wirtschaftslage wirkte sich in vollem Umfange auch im Monat Mai auf dem Arbeitsmarkt aus. Auch die saisonmäßige Entlastung erfolgte nur sehr zögernd. Der in der 1. Hälfte des Monats im Bezirk des Arbeitsamtes Nordharz eintretende Rückgang der Arbeitsuchendenziffer um 750 konnte sich in der 2. Monatshälfte nicht in dem gleichen Umfange fortsetzen. Er betrug in dieser Zeit nur 110. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, vornehmlich in den Außen- und Saisonberufen wurde mehr als ausgeglichen durch das außerordentlich große Angebot, das umfangreiche Entlassungen in der Nahrungs- und Genußmittelbranche bewirkten. Die Andrangziffer für männliche Arbeitssuchende betrug im Mai 2533, d. h. es entfielen auf 100 offene Stellen 2533 Arbeitssuchende. Für weibliche Arbeitssuchende war das Verhältnis 100 : 337.

In der Landwirtschaft ist der Tiefstand des Beschäftigungsgrades zwar überwunden; jedoch beeinflußten am Anfang des Monats die Beendigung der Getreidehacke, gegen Ende des Monats das anhaltende Regenwetter die Beschäftigungsmöglichkeiten ungünstig. Wesentliche Besserung ist vor Beginn der Ernte nicht zu erwarten. Charakteristisch für den Arbeitsmarkt der Landwirtschaft ist die Tatsache, daß männliche Arbeitskräfte im Ueberfluß vorhanden sind, dagegen an weiblichen Kräften ein fühlbarer Mangel herrscht.

In der Berufsgruppe Bergbau, die in Arbeitsamtbezirk nur wenig vertreten ist, trieb die Vienenburger Grubenkatastrophe eine große Anzahl von ungelernten Arbeitern aus einigen zum Amtsbezirk gehörenden Gemeinden auf den Arbeitsmarkt. Aussichten zur Wiedererschließung der Gruben und Wiedereinstellung von Arbeitskräften bestehen nicht.

Für die Industrie der Steine und Erden steht eine wesentliche Entlastung bevor. Die Ziegeleien haben, soweit es bisher noch nicht geschehen, mit dem Pressen von Steinen begonnen und werden voraussichtlich im Laufe der 1. Junihälfte ihre Gesamtbelegschaft wieder einstellen. In der Zement- und Kalkindustrie ist die Lage unverändert schlecht.

Die Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie war nicht einheitlich. Aufnahmefähig war kein Betrieb. Eine Maschinenfabrik in Ilsenburg hat insgesamt 40 Schlosser, Metallarbeiter und ungelernte Arbeiter entlassen; sie legte den Betrieb vom 15. bis 30. Juni still. Durch diese Maßnahme dürften 140 Arbeiter und 30 Angestellte betroffen werden. Eine Kupferschmiederei in Wernigerode war leicht aufnahmefähig. Nach Heizungsmonteuren und Installateuren wurde vereinzelt gefragt.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist, trotzdem einigen Möbeltischlern Arbeit zugewiesen werden konnte, die Zahl der Arbeitssuchenden noch gestiegen. Vornehmlich kleinere und mittlere Betriebe trugen zur Belastung des Arbeitsmarktes bei. Nach Bautischlern bestand angesichts der geringen Bautätigkeit keine Nachfrage.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe entließ eine führende Fleischkonservenfabrik in Halberstadt insgesamt 250 männliche und weibliche Arbeitskräfte. Gegen Monatsende wurde jedoch mit der Wiedereinstellung begonnen. Zum 10. Juni ist die Einstellung der Gesamtbelegschaft geplant. Auch kleinere Betriebe forderten Kräfte an.

Im Bekleidungsgewerbe wirkte sich die saisonmäßige Belebung vor Pfingsten aus. Es bestand rege Nachfrage nach Groß- und Kleinschneidern, wie auch nach weiblichen Kräften für die Damenkonfektion. Für Schuhmacher blieb die Lage unverändert ungünstig. Die Lederhandschuhindustrie zeigte sich dagegen gut aufnahmefähig. In Halberstadt und Osterwieck kam es zu nennenswerten Neueinstellungen.

Die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe hat noch keine festen Formen angenommen. Es herrscht noch starke Bewegung im Zu- und Abgang von Arbeitssuchenden. An größeren Bauvorhaben ist nur die bevorstehende Errichtung eines Siedlungsblockes von 23 Wohnungen durch eine Halberstädter Baugenossenschaft bekannt geworden. Beschäftigungsmöglichkeit bot sich im Verlaufe des Monats nur durch zahlreiche Umbauten und Ausbesserungsarbeiten. Gefragt wurden Maler und Anstreicher, während für Zimmerleute die Lage ungünstig blieb.

In der Berufsgruppe Theater und Musik sind die durch den Schluß der Winterspielzeit arbeitslos gewordenen Orchestermitglieder zum großen Teil nach kurzer Zeit wieder in Sommerengagements gegangen. Die arbeitslosen darstellenden Mitglieder, 2 Souffleusen und 1 Inspizient beteiligten sich an Gastspielen auf Teilung.

Die Arbeitsmarktlage im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war nicht einheitlich. Die günstigere Gestaltung der Witterungsverhältnisse bewirkte im großen Ganzen eine bessere Aufnahmefähigkeit. Für männliches Bedienungspersonal war die Nachfrage nicht nur in Aushilfsstellen, sondern auch in feste Saisonstellen rege. Dagegen blieb sie für weibliches Personal hinter den Erwartungen zurück. Die offenen Stellen konnten restlos besetzt werden.

Für die Berufsgruppe „häusliche Dienste" gestaltete sich in der Berichtszeit die Lage günstiger. Der Stelleneingang für Küchenmädchen war gut; auch Servierfräulein wurden angefordert und vermittelt. Nach Aufwartefrauen bestand trotz außerordentlich starkem Angebots fast keine Nachfrage.

In der Berufsgruppe „Lohnarbeit wechselnder Art" war die Lage weiter ungünstig. Die geringe Aufnahmefähigkeit der Außenberufe wirkte sich hier besonders ungünstig aus.

Der Stellenmarkt für kaufmännische und technische Angestellte liegt nach wie vor ungünstig.

Die Zahl der Arbeitsuchenden im Bezirk des Arbeitsamts Nordharz betrug am 13. Mai 1930 insgesamt 6377 männliche und 1420 weibliche Personen. Hiervon entfallen auf:

die Stadt Halberstadt	1897 männl.	964 weibl.
die Stadt Oschersleben	865 männl.	9 weibl.
die Stadt Wernigerode	879 männl.	53 weibl.
die Stadt Osterwieck	275 männl.	119 weibl.

Bei Notstandsarbeiten sind zur Zeit 75 Arbeitslose beschäftigt.

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Viebig.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber Grete ließ sie nicht los, mit ihren schwachen Armen umschlang sie die Ungeduldige. „Du sollst nich in die Hölle kommen. Rette, rette deine Seele!" So viel hatte sie noch nie gesprochen. In ihren seltsamen Lauten, sich überhastend, kaum mehr verständlich vor zitternder Begier, sich jemandem mitzuteilen, erzählte sie der Cousine von ihrer heimlichen Herrlichkeit.

Sie beschrieb ihr den Saal, an dessen Wänden es sich in handhohen Buchstaben auf blutrotem Grunde vor die Augen drängte: „Was ist dein Ziel — Himmel oder Hölle?" „Du mußt sterben!" „Rette deine Seele!" „Heil ist da für alle!" „Jesus liebt dich!"

Männer und Weiber stimmten da, wie aus einer Kehle schallende Lieder an; sie sangen so im Takt, wie die Soldaten auf dem Marsch, man konnte kaum die Füße ruhig halten.

„Seht die Fahne der Heilsarmee
In den Lüften wehn;
Macht euch auf! Ihr sollt die Rechte
Gottes siegen sehn."

„Halleluja, Halleluja!" Grete sprach das Wort mit einer geheimnisvollen Wichtigkeit, wie eine beschwörende Zauberformel. „Du sollst mich fortjehn, Mine, ohne daß du 't weißt. Du bist jut zu mir, du sollst auch dahin kommen!"

„Ne was!" Mine machte sich unwirsch los; aber als sie nachher im Küchentschebett lag und nicht gleich einschlafen konnte, fiel ihr Gretes Erzählung wieder ein. Sie ärgerte sich über das dumme Mädchen — was sie dem wohl alles vorgeschwatzt hatten?! Von einer Sternentrone und einem goldenen Thron, von dem Perlenor und dem Tale des Segens. Wer das glaubte! Da war es doch vernünftiger, man arbeitete wacker und verdiente tüchtig Geld, dann hatte man es sicher herrlich. Und Mine beschloß, gehörig auf dem Posten zu sein und sich so den Himmel zu bereiten. Wohlgefällig lächelnd schlief sie ein.

Ein dreimaliges Trommeln an der blaulackierten Tür weckte sie bald wieder. War die Trude denn noch nicht zu Hause? Es mußte bald Mitternacht sein. Jetzt hörte sie auf der Straße Trudes Stimme, sie klang etwas ängstlich: „Macht mir auf! Macht mir doch auf!"

Eben wollte Mine aufstehn, als drinnen im guten Zimmer die Bettstatt krachte — ein Gähnen und Schnaufen — die Tante rappelte sich schon auf. Jetzt schlürfte sie durch den Laden nach der Tür. „Nanur, wo haste dir denn so lange rumjedreht!" dröhnte ihre grobe Stimme.

„Mutter, mach mir auf! Es is spät jeworden, ich konnte nischt dafür!"

Die Tür wurde mit Gerassel auf- und wieder zugeschlossen.

„Na, denkste vielleicht, du redst mir vor, daß de so lange int Jeschäft warst?! Na, so dumm!"

„Das war ich auch! Der Chef hat uns so lange dabehalten, wir mußten das Lager in Ordnung bringen, es is heut der letzte. Und denn fuhr mir die Pferdebahn vor der Nase weg; und die zweite, die kam, war besetzt, und der Omnibus auch. Ich mußte das janze Ende laufen!"

„Jaha, wer det jloobt!"

„Geh doch hin und frage!"

„Ik wer mer scheene hüten. Mir lächerlich machen?! Jeh man rin bei Vatern, der wird dir lehren, um zwölwe kommen! Rumtrieben haste dir, mit Jott weiß wem! Ik seh es dich an die Dogen an, daß dich eener Süßholz in de Ohren jeraspelt hat. Wie de aussiehst — janz abjekmutscht! Det sage ik dir, verplempert de dir, denn sollste mal sehen! Dafor haben wir der nich in de Höhere Töchterschule jehen lassen bis in de zweitoberste Klasse. Ik sage dir een for allemal, bringste uns nich een reellen Bräutijam, eenen, der mat in de Milch zu brocken hat, oder wenigstens mal eine Pension mat in de Milch zu brocken hat, oder wenigstens mal eine Pension kriegt, denn kannste dir tragen — du Rumtreibern!"

Trude weinte. „Ich hab mich mich rumjetrieben, Mutter! So wahr ich lebe!"

„Marsch rin zu Vatern!"

„So frag doch bloß den Chef, Mutter! Ieh doch bloß hin!"

„Ä, nu sag mal! Du bist wohl reene verrückt?! Wo kann ik mir so de Zeit verrennen for nischt un wieder nischt?! Ik weeß, wat ik weeß — biste noch nie um elwe jekommen, was?!"

„Da war ich noch mit einer Kollegin spazieren jegangen. Man hat so ne Sehnsucht nach 'n Endchen frische Luft!"

„Nanu, hab ik denn da en Wort über verloren? Aber um zwölwe zu kommen, einen aus 'n besten Schlaf raus zu trommeln, det is denn doch zu ausverschämt. De brauchst jetzt nich zu heulen! Heul nachher, wenn de deine Mauischelle von Vatern weg hast!"

„Jlaub mir doch, Mutter!" Es klang wie ein Aufschrei.

Frau Reschke lachte zornig. Mine hörte das Zuschmettern der Glastür und dann in der guten Stube ein dumpfes Durcheinander von Herrn und Frau Reschkes Stimmen. Auch Elli piepte dazwischen. Von Trude keinen Laut; sie verteidigte sich nicht mehr.

„Haste gehört?" flüsterte Bertha, die auch erwacht war, und stieß Mine kichernd in die Seite. „Die nehmen de Trude ordentlich vor!"

Von Gretes Strohsack her kam ein tiefer Seufzer.

„Schlaf doch, Grete", ermahnte Mine. „Warum schläfste denn nich?"

„Ich — graule — mir so", ächzte das unglückliche Kind.

Als Bertha längst wieder tief atmete und auch Mine die schweren Lider zugefallen waren, weinte Grete noch leise.

Das war Mines letzte Nacht im Keller; ihr und Berthas Abschied am andern Tag vom Reschkeschen Grünkram war kein allzu herzlicher. Nicht nur, daß Frau Reschke ihnen täglich zwanzig Pfennige Schlafgeld und dreißig Pfennige Kostgeld pro Person berechnet und Mine einen Haufen Arbeit aufgebürdet hatte, jetzt verlangte sie auch noch von jeder drei Mark — „für ihre Bemühungen", wie sie sagte.

Als Mine Opposition machen wollte — hatte sie sich nicht allein drüben beim Destillateur vermietet, die Tante hatte keinen Finger darum geregt — hob Herr Reschke, der grade mit einer Gießkanne das welkende Gemüse übergoß, diese drohend in die Höhe. „Bloß weil de de Nichte bist, tut jes for dreie, sonst kost's viere; aber wenn de nich die Schnauze hälst, denn —"

Bertha brachte durch Zupfen und auf den Fuß Treten die Erregte zum Schweigen. Sie zeigte die freundlichste Miene beim Abschied; aber als sie mit Mine die Kellertreppe hinauf stieg, drehte sie sich oben noch einmal um und verzog ihr hübsches Gesicht zu einer häßlichen Grimasse.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300610-14/fragment/page=0005

spruch auf Urlaub hätten. Sie begründet das mit einer Formulierung im Tarifvertrag. Gewiß muß zugestanden werden, daß die Stelle des Tarifvertrages etwas unklar gehalten ist, wenn man ihr aber die Auslegung geben würde, die die Stadt ihr gibt, würde das dem ganzen Sinn des Urlaubsgesetzes zuwiderlaufen, denn es ist allgemein üblich, daß nach jedem abgelaufenen Dienstjahr Urlaub gewährt wird. Die Stadt wollte das nicht anerkennen. Da eine Einigung über diese Frage, die von grundsätzlicher Bedeutung ist, nicht erzielt werden konnte, wurde die Sache vertagt.

Die betrübten Lohgerber.

Mit dieser Ueberschrift versieht ein Artikelschreiber den „Trommler" Nr. 2, der sich mit der „Harzer Volksstimmen" beschäftigt. In dem Artikel wird über den großen „Zuspruch" geschrieben, den die neuerrichtete Geschäftsstelle der Nationalsozialisten neben dem „Gothischen Haus" hat. Wer lacht da?!! Ob man von uns als „armseligen Sklaretkante mit ihren jüdischen Hintermärnern" schreibt, läßt uns völlig kalt. Wenn aber weiter gefaselt wird in dem Artikel, daß „die Nationalsozialisten da sind und in immer rascherem Tempo Herzen und Hirne der breiten Massen ergreifen und kämpften ohne Kompromiß bis die innere und äußere Freiheit des deutschen Volkes erreicht ist", dann sind alle frohgestimmt, welche Zeugen der letzten Stadtverordnetenversammlung waren. Von dem raschen Tempo der arbeitenden Hirne der Kompromißler zwischen Nationalsozialisten und links von ihnen, war da wenig zu merken. Wenn es dann zum Schluß des Artikels heißt: „Der Marktplatz von Wernigerode aber wird im kommenden Dritten Reich der nationalen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit von weit größerer historischen Bedeutung sein, weil auf ihn ein Galgen als warnendes Zeichen für die Blutsauger und Schmarotzer am deutschen Volke errichtet wird", dann wird man als erste Tat unter diesen Galgen den „Mannesmut, die geistigen Waffen und die Oberflächlichkeit der heutigen Wernigeröder Führer" setzen müssen zum Gedächtnis der Brutalität und der schnellen geistigen Auffassung in der letzten und den kommenden hiesigen Stadtverordnetenversammlungen.

Und wenn in einem zweiten Artikel ein Inserat aus einer Magdeburger Zeitung herangezogen wird (das sicher nicht in der „Volksstimme"-Magdeburg gestanden hat), das sich mit dem Zinswucher beschäftigte, so empfehlen wir dem Artikelschreiber, doch einmal in seinen Freundeskreisen umzuhören, ob nicht in Hasserode ein Parteifreund der Nazi auch schon sehr stark in Zinswucher gemacht hat. Der Mann hat sogar eine Stadtverordnetenliste als Kandidat geziert. „Warum in die Ferne schweifen, sieh', das Gute liegt so nah." — Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen.

— **Reger Pfingstverkehr.** Am Pfingstsonnabend hatte die Wasserverwaltung die Hauptstraßen der Stadt mit einem staubbindenden Sprengwasser versehen, was während des außerordentlich starken Pfingstverkehrs zu wiederholten Unglücksfällen geführt hatte. Der starke Kraftwagenverkehr verursachte nach ganz kurzer Zeit, besonders an den Straßenkreuzungen, eine derartige Glätte, daß derjenige, der nicht ganz behutsam die Straße passierte, in sehr unangenehme Berührung mit dem Straßenpflaster kam. Besonders stark gefährdet waren die Fahrzeuge an der Burg- und Breitestraßen-Ecke. Hier mußte bereits am Sonnabend infolge der vielen Stürze die Kreuzung mit Sand aufgestreut werden, weil fast jedes Kraftfahrzeug ins Schleudern kam. Einige Fälle führten zum Ueberschlagen der Fahrzeuge und die Insassen mußten mit Hautabschürfungen und Knochenbrüchen ins Kreiskrankenhaus gebracht werden. — Das wunderbare Pfingstwetter lud zu Fußwanderungen ein, auch der Kraftwagenverkehr hat die vorjährige Zahl sehr stark überschritten. Am ersten und besonders am zweiten Feiertag waren die Ausflugslokale um die Stadt herum sehr gut besucht. Am Abend waren in der Stadt alle Lokale überfüllt. Auch die auswärtigen Genossen mit ihren Familien hatten das Gewerkschaftshaus wesentlich übervölkert, so daß zeitweise kein Plätzchen frei war. Die Promenadenkonzerte erfreuten sich im Kurhausgarten am ersten und am Kreuzberg am zweiten Festtag starker Teilnahme. Die Kapellen Ostermeyer und Steinbrecher zeigten dort ihre Kunst. In „Königgrätz" hatte am ersten der Arbeitergesangverein „Einigkeit" und am zweiten im Gewerkschaftshaus „Liederbund" ihre Freunde und Gönner zahlreich um sich versammelt.

— **Heute 4.30 Uhr: „Tell" auf der Waldbühne.** Noch einmal geht heute nachmittag 4.30 Uhr Schillers „Wilhelm Tell" im Lustgarten in Szene. Karten zu Mk. 1.—, 1.50 und 2.— (Stehplatz Mk. 0.50) sind im Vorverkauf im Konfitürengeschäft S. u. M. Goebel, Marktplatz (Tel. 772) und ab 15.30 Uhr im Lustgarten zu haben. —

— **Beim Bundesschießen des Reichskartells „Republik"** während der Pfingsttage in Magdeburg errang Wernigerode mit 226 Ringen den ersten Ehrenpreis und damit die Bundesmeisterschaft.

— **Schloß-Lichtspiele.** Heute Dienstag beginnen die Schloß-Lichtspiele mit ihrer Sommerspielzeit; die Vorstellungen beginnen Wochentags ab 7 Uhr, Sonntags ab 6 Uhr. „Das Haus ohne Männer" ist ein flottes Lustspiel mit Tempo und überaus lustigen Episoden in Hülle und Fülle. Wirkliche Freude hat man an dem Zusammenspiel der erstklassigen Besetzung wie Offi Oswalda, Iwa Wanja, Hans Brausewetter und Livio Pavanelli. — „Die Todesfahrt im Weltrekord" mit Claire Rommer, Salto King, Goetzke und Damman ist ein atemberaubender Sensationsfilm von unerhörtem Mut und Tollkühnheit. Eine besondere Abwechslung bringen die Schloß-Lichtspiele über Dienstag, Mittwoch, Donnerstag durch das Gastspiel des berühmten Bauchredners Ludwig Lü aus Berlin mit seinem Partner „August". Der Künstler — ein geborener Wernigeröder — hat überall bei seinem Auftreten durch seinen Humor glänzende Lach- und Heiterkeitserfolge erzielt und mit seiner Kunst die Zuhörer auf das angenehmste unterhalten.

— **Kurtheater.** Als zweite Premiere bringt das Kurtheater das Kurt Götz-Lustspiel „Der Lampenschirm" und dürfte damit allgemeiner Zustimmung sicher sein, denn Kurt Götz ist ja den Theaterfreunden unserer bunten Stadt auch persönlich schon bekannt, so daß sich jede weitere Empfehlung dieser Aufführung erübrigt und nur zu bemerken wäre, daß diese Vorstellung bereits morgen, Mittwoch, den 11. d. Mts., stattfindet, man sich also möglichst noch heute Plätze in den bekannten Vorverkaufsstellen Zigarrengeschäft Rammé, Western Tor, und Papierhandlung Schaffhäuser, Breite Straße, sichern möge. —

Aus Halberstadt.

Sonnige Pfingsten

Diesmal fehlt zum Räsonieren jede Berechtigung, denn wir hatten ein Pfingstwetter allerbester Qualität, ein Wetter, das alle herauslockte aus Stuben und Häusern und einlud, die herrliche Natur zu genießen. Bereits der Pfingstsonnabend brachte einen ziemlichen Ansturm der Pfingstreisenden, die, mit Koffern und Rucksäcken bepackt, alle fahrplanmäßigen, alle Vor- und Nachzüge füllten. Das war ein pfingstliches Reisen „in vollen Zügen". Am meisten drängte natürlich alles in den nahen Harz, der besonders am Morgen des ersten und zweiten Feiertages eine große Masse Menschen aufnahm. Thale, Wernigerode und Blankenburg als Randstädte des Harzes waren Etappen der Harzausflügler und Halberstadt war der Durchgangspunkt. Ein riesiger Autoverkehr nahm seinen Weg, wie immer an solchen Tagen, durch Halberstadt. Aber Halberstadt zählte auch viele Gäste, während die Halberstädter in großer Zahl ihre Stadt verlassen hatten, um erst am Abend der Feiertage wieder zurückzukehren.

Zu denen die nach Halberstadt gekommen waren, zählten auch ehemalige Kürassiere, die hier eine Wiedersehensfeier veranstalteten. Wir haben über solche Veranstaltungen unsere eigene Auffassung. Sie wurde diesmal auch wieder voll bestätigt. Denn das Treffen der ehemaligen Seydlitzkürassiere war nichts weiter als eine reichlich verspätete Maskerade. Was ist es denn weiter, als eine Maskerade, wenn man den seligen Seydlitz mit der Pfeife und den alten Bismarck in schlechter Nachahmung durch die Stadt reiten ließ? Und um ihnen herum ehemalige Kürassiere, die die alten Uniformen wieder an hatten und die von einer uniformierten Kapelle aus Derenburg, die auch in jeder beliebigen Uniform zu spielen bereit ist, geführt wurden. Orden und Ehrenzeichen fehlten natürlich nicht. Man sah es ihren Trägern an, daß sie darauf stolz waren. Warum auch nicht? Man las sogar auf einem Transparent vor einer Wirtschaft:

„Mehr kann der Mensch nicht werden,
als Kürassier auf Erden."

Nun weiß man aber nicht, ob man aus diesen Worten Ueberheblichkeit oder gar Bescheidenheit herauslesen soll. Ein Kürassier als höchstes Wesen . . . na, über diesen Glaubenssatz wollen wir nicht streiten, sicherlich aber ist, daß sich nur einige zu ihm bekennen, gerade so viel oder so wenig, als zu Pfingsten in Halberstadt aufmarschierten und im Anschluß daran ihren Durst mit Harzer Spezial-Pilsen oder anderem Bier stillten. Die ehemaligen Kürassiere hatten eben auch ihr Pfingstvergnügen. Wir sind gar nicht so: wir gönnen jedermann sein Vergnügen.

Pfingsten waren ja Tage des Vergnügens. Die Mehrzahl der Leute ließ es nicht bei der Einladung durch die Natur bewenden, sondern folgte bereitwilligst den Einladungen, die die Besitzer der Waldrestaurants und Konzertgärten erlassen hatten. Wohl keiner der Wirte wird sich beklagen können. Auch die Veranstaltungen in den Lokalitäten in der Stadt wiesen einen starken Besuch auf.

Die Feiertage sind vorüber. Der Alltag erfordert wieder die volle Tätigkeit der Menschen. Hoffentlich gelingt es auch bald, für die ungewollt Feiernden Arbeit in reichlichem Maße zu beschaffen, damit ihnen sonnige Tage im wahrsten Sinne des Wortes beschert werden und ihre jetzige Hoffnungslosigkeit überwunden wird.

Förderung der bäuerlichen Geflügelhaltung

Nach sorgfältigen Feststellungen muß der Wert der Geflügelzuchterzeugnisse in Deutschland mit 1 063 Millionen Mark, d. h. über 1 Milliarde Mark veranschlagt werden und übertrifft damit den Wert der deutschen Weizenernte, der mit 720 Millionen Mark geschätzt wird, um rund 340 Millionen Mark. Der Wert der deutschen Weinmosternte erreicht weniger als ein Siebentel des Wertes der Geflügelzuchterzeugnisse. Das sind Zahlen, die zu denken geben. Wenn daneben berücksichtigt wird, daß Deutschland in den letzten Jahren für rund 300 Millionen Mark allein für die Einfuhr von Eiern aus dem Ausland zahlte, ist es eine zwingende Pflicht, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß diese Einfuhr nach Möglichkeit eingedämmt wird. — Der Schwerpunkt der heimischen Geflügelhaltung liegt bei den bäuerlichen Wirtschaften. Rund 80 Prozent des in Deutschland gehaltenen Geflügels ist im Besitz bäuerlicher Landwirte. Das wird zweifellos auch in der Zukunft so sein. Die Maßnahmen zur Hebung unserer heimischen Geflügelhaltung müssen daher bewußt darauf gerichtet sein, die bäuerliche Geflügelhaltung zu fördern. Die Haltung der Tiere muß zweckmäßig gestaltet werden, die Fütterung ist nach neuzeitlichen Grundsätzen einzustellen, wobei besonderer Wert auf eine Verbilligung zu legen ist. Bei der Auswahl der Tiere können nur seit Jahren auf Leistung gezogene Rassen Berücksichtigung finden. Mit der planmäßigen Erzeugung muß aufs Innigste verkoppelt werden eine Regelung des Absatzes. Nach den in andern Ländern, insbesondere Holland und Dänemark, gemachten langjährigen Erfahrungen kann dies nur auf genossenschaftlicher Grundlage erfolgen. Auf Veranlassung des Preußischen Landwirtschaftsministeriums ist seit drei Jahren im Regierungsbezirk Osnabrück ein Rationalisierungsprogramm der bäuerlichen Geflügelhaltung — planmäßige Erzeugung mit gleichmäßiger Regelung des Absatzes — durchgeführt worden, das recht günstige Ergebnisse zeitigte. In einer soeben vom Preußischen Landwirtschaftsminister Dr. Steiger herausgegebenen „Denkschrift über Maßnahmen zur Hebung der Geflügelhaltung" ist an Hand von eingehenden Zahlen der Nachweis erbracht worden, daß eine planmäßige Hebung der bäuerlichen Geflügelhaltung dringend notwendig ist. Es wird der interessante Nachweis geführt, daß bei einer Leistungssteigerung der Hennen um 40 Stück Eier je Tier und Jahr in vier Jahren der jetzige gesamte Einfuhrbedarf an Eiern im Inlande gedeckt werden kann. Es darf erwartet werden, daß die Denkschrift seitens der Interessenten die gebührende Beachtung findet.

* **Frauengruppe SPD.** Wer noch an der Autofahrt teilnehmen will, muß bis zum Freitag, den 13. Juni, bezahlt haben. Spätere Eintragungen können nicht berücksichtigt werden.

* **Flugtag in Halberstadt.** Wie gelegentlich der Luftfahrtwerbewoche bekannt gegeben worden ist, findet am 15. Juni hier als Abschluß dieser Werbewoche ein Flugtag statt. Es werden an dem Flugtag teilnehmen die Aero-Expreß-Fliegerschule aus Leipzig mit 4 Flugzeugen und einem Luftschleppzug. Der Leiter dieser Schule, Dr. Gullmann, wird selbst erscheinen und fliegerische Vorführungen durchführen. Fräulein Berger wird Fallschirmabsprünge durchführen. Dr. Gullmann ist kürzlich dadurch bekannt geworden, daß er mit dem bekannten Meisterschaftsflieger Fieseler einen Luftwettkampf durchgeführt hat, bei dem er nur um wenige Punkte hinter den Leistungen Fieselers zurückgeblieben ist. Näheres über das Programm des Flugtages wird in den nächsten Tagen veröffentlicht.

* **Verkehrsunfälle an den Pfingsttagen.** Der starke Verkehr zu Pfingsten hat wieder eine Reihe von Verkehrsunfällen mit sich gebracht, die zum Glück ohne ernste Folgen für die Verunglückten abliefen. Am Sonnabend wurde an der Harzstraße ein Kind von einem Kraftwagen umgefahren. Es erlitt aber nur leichte Verletzungen, sodaß es aus dem Krankenhaus, nach dem es gebracht war, nach Anlegung eines Notverbandes wieder entlassen werden konnte. An der Ecke Friedenstraße—Seydlitzstraße fuhr gestern ein auswärtiges Auto dadurch gegen einen Baum, daß die Führerin den dort stehenden Wegweiser zu spät bemerkte und das Steuerrad so plötzlich herumriß, daß sich die Steuerung festklemmte. Personen wurden hierbei nicht verletzt. Das Auto wurde nur leicht beschädigt. — Im Rosenwinkel wurde ein 5½jähriges Mädchen von einem Motorradfahrer, der zu schnell in die Straße eingebogen war, erfaßt. Es kam mit leichten Hautabschürfungen davon. — Auf der Magdeburger Chaussee streifte ein auswärtiges Auto ein mit zwei Personen besetztes Motorrad, das zu Fall kam. Beide Personen, ein Ehepaar, kamen mit dem Schrecken und leichten Verletzungen davon. Das Rad wurde nur leicht beschädigt. — Gestern abend endlich ereignete sich an der Ecke Ritzenbergstraße—Spiegelstraße dadurch ein Zusammenstoß, daß ein Motorradfahrer das Haltezeichen des Polizeibeamten nicht beachtete. Er fuhr weiter und rannte gegen ein Auto. Auch hier gab es zum Glück nur leichte Verletzungen. Das Rad wurde auch nur leicht beschädigt, sodaß die Fahrt fortgesetzt werden konnte.

* **Ein Märchen-Nachmittag für Kinder.** Morgen, Mittwoch, um 15 Uhr findet im Marie Hauptmannstift ein Märchennachmittag für die Kinder Halberstadts statt. Eine Reise mit dem Kasperle ins Märchenland. Nicht der übliche Jahrmarktskasper ist es, der da kommt, sondern ein ganz feiner, der ein Haus hat so schön wie ein Marionettentheater und mit vielen Kulissen, so daß er ein richtiges Märchenland zeigen kann. Er will mit den Kindern die beiden Märchen spielen von Hänsel und Gretel und vom Rumpelstilzchen. (Siehe Anzeige).

* **In der städtischen Badeanstalt** wurden in der Woche vom Montag, den 2. Juni 1930 bis einschließlich Sonnabend, den 7. Juni, 2140 Schwimmbäder, 886 Wannenbäder, 66 russ.-römische Bäder, 26 elektrische Lichtbäder, 1401 Brausebäder, zusammen 4519 Bäder verabreicht.

* **Das deutsche Volkslied und Joh. Seb. Bach.** Dem Volkskomponist Heinrich Pfeil (1835—1899) bekannt durch sein „Still ruht der See", läßt der Rat der Stadt Leipzig im Rosental ein Denkmal errichten mit dem Bildnis aus Stein geschliffen. Das Bildnis des Musiklehrten und 1. Bachrevisor der Bachausgabe t. H. C. F. Peters, Leipzig, Ferd. Aug. Roitzsch (1805—1889) ist mit Abhandlung seines Lebens dem Eisenacher Bachmuseum einverleibt worden. R. war schon seit der frühesten Jugend gesuchter Orgel- und Klavierspieler und -lehrer. Die Tochter des ersteren und zugleich Enkelin des letzteren lebt als Naturmusikerin in Halberstadt als Gattin des Buchhändlers Schönherr.

Einschränkung der Lehrbücher.

Schon oft in den letzten Jahren, besonders aber wieder um den letzten Ostertermin, sind vielfach Klagen darüber laut geworden, daß die Eltern durch den Zwang zur Anschaffung der verschiedensten Lehrbücher in den höheren und mittleren Schulen über Gebühr belastet werden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, beschäftigt sich ein neuer Erlaß des Preußischen Kultusministers Grimme mit dieser Frage und trifft eine Reihe von Anordnungen, die einer Einschränkung der Lehrbücher dienen sollen. In dem Erlaß, der in dem neuesten Heft des „Zentralblatts für die gesamte Unterrichtsverwaltung" abgedruckt ist, wird ausgeführt, daß die Kosten, die die Lehrbuchanschaffungen den Eltern verursachen, häufig in keinem Verhältnis zu der wirtschaftlichen Lage der Mehrzahl der Eltern stehen, und daß auch neuere methodische Grundsätze zu einer starken Einschränkung der Benutzung von Lehrbüchern durch die Schüler führen und ein neuzeitlicher Unterricht auf das Lehrbuch in weit größerem Maße als früher verzichten kann und soll. Unter diesem Gesichtspunkt ersucht der Minister, streng darauf zu achten, daß die Anschaffung nicht genehmigter Lehrbücher von der Schule unter keinen Umständen gefordert wird.

In dem Erlaß wird weiter einem unnötigen Wechsel der Lehrbücher entgegengetreten und Vorsorge getroffen, daß, wenn ein solcher Wechsel unvermeidlich ist, das neue Lehrbuch nur stufenweise von der untersten Klasse her eingeführt wird. Die Schulen werden angewiesen, Wünschen nach weiterer Verwendung älterer Auflagen von Lehrbüchern, soweit irgend angängig, entgegenzukommen. Unnötige Verschiedenheiten bei der Benutzung von Lehrbüchern in den einzelnen Schulen sollen möglichst vermieden werden. Es soll dahin gestrebt werden, eine stärkere örtliche und regionale Uebereinstimmung zu erzielen. Die Beschaffung von Lesestoff, Quellenheften und dergleichen neben den Lehrbüchern soll in angemessenen Grenzen gehalten und auch dabei den wirtschaftlichen Verhältnissen der Erziehungsberechtigten noch mehr als bisher Rechnung getragen werden. Es soll versucht werden, in dieser Beziehung mit den Hilfsbüchereien und dergleichen zu helfen. Auch bei der Beschaffung sonstiger Lernmittel sollen alle diese Gesichtspunkte künftig in Betracht gezogen werden. Der Minister verfügt, daß dieser ganze Fragenkomplex alljährlich in einer Konferenz besprochen und mit dem Elternbeirat erörtert wird.

Wernigeröder Waldbühne.

„Wilhelm Tell" als Freilichtaufführung.

Die Sommerspielzeit in Wernigerode hat ihren Anfang genommen; sie bringt wiederum Aufführungen im Kurtheater und auf einer Waldbühne und umfaßt außerdem die bekannten Marktfestspiele. Rudolf Hartig hat ein Ensemble zusammengestellt, von dem recht gute Leistungen zu erwarten sind. In ihm sind auch alte Bekannte aus dem Vorjahre und einige Halberstädter Schauspieler aufgenommen worden.

Als erste Freilichtaufführung wurde Schillers „Wilhelm Tell" am ersten Pfingstfeiertag auf der Waldbühne im Lustgarten vor einem recht zahlreichen Publikum geboten. Die Waldbühne im Lustgarten erwies sich für solche Aufführungen geeignet, denn sie hat den Vorzug, in nächster Nähe der Stadt zu liegen — sie kann also auch von weniger rüstigeren Fußgängern bequem erreicht werden; ferner empfängt der Zuschauerraum den dichten Schatten großer Bäume. Siegfried Kuttner, bisher Bühnenbildner am Halberstädter Stadttheater, hatte die künstlerische Gestaltung der Waldfläche übernommen und schuf Flächen und Plätze, auf denen das Schauspiel ohne Pause gespielt werden konnte. Für die Regie zeichnete Rudolf Hartig, der einige ohne weiteres erträgliche Streichungen vorgenommen hatte und mit Geschick für einen gelungenen Ablauf der von ihm nicht auf einen strengen Stil zugespitzten volkstümlichen Handlung sorgte. Die Weite des Raumes und der Aufwand an Statisten und Pferden lockerten das Spiel auf, das wir sonst auf der Bühne bei großer Straffheit des Szenenablaufs zu sehen bekommen. Kleine Schnitzer konnten den günstigen Eindruck, den die Aufführung hinterließ, nicht beeinträchtigen. Künftig wird man von der Verwendung von Vorhängen auf der Waldbühne Abstand nehmen müssen; es ist irrig zu glauben, die Szenen mit Attinghausen durch einen schwarzen Hintergrund wirkungsvoller gestalten zu können. Auf einer Waldbühne sind Hilfsmittel dieser Art nicht am Platze, denn sie stehen im Widerspruch mit der Natur und der Natürlichkeit, mit der Freilichtaufführungen geboten werden sollen. Wenn dann schließlich auch noch die zur Statisterie gehörigen Pferde einige Prozent von ihrer Eitelkeit, die eigentlich nur Schauspielerinnen eigen sein soll, ablegen, dann wird es nicht wieder vorkommen, daß Darsteller durch massige Vierhufer in den Schatten gestellt werden. Doch das nur nebenbei.

Die Darsteller waren mit Eifer bei der Sache. In letzter Minute war noch eine Umbesetzung der Hauptrolle erfolgt, die Wolf Lutschy übertragen wurde. Mit Frische und Naivität ging er an seine Aufgabe heran, gar nicht so, als sollte er große Heldentaten vollbringen. Natürlich wurde die Apfelschuß-Szene wieder ein Glanzpunkt der Aufführung; lebendige Darstellung Lutschys als Tell und großer Aufwand an Statisterie. Aber auch die Rütliszene war äußerst eindrucksvoll. Hier ragte Karl Körners Stauffacher durch die mit natürlicher Steigerung gesprochene Rede hervor; sein Stauffacher verkörperte Ruhe und Ueberlegenheit. Gut besetzt waren die nicht bedeutenden Frauenrollen. Betty Michalsky zeichnete sich bei der Darstellung der Hedwig durch lebhaftes und herzliches Spiel aus; hoffentlich sehen wir diese wirklich talentierte Schauspielerin bald in einer Rolle ihres Faches. Beschäftigt waren des weiteren Hanne Zschege, Vera Münchow und Gretl Schmitt. Aus der langen Reihe der männlichen Darsteller sind noch hervorzuheben der jugendliche Arno Aßmann als von Melchthal, Heinz Klevenow als Walter Fürst, Franz Röhn als Geßler und Karl Heinz Roth als Rudi. Nicht vergessen sei Karl Schliestedt als Söldner in komischer und karikierender Figur. Herbert Wilk charakterisierte den nicht immer eindeutigen Rudenz.

Der Beifall am Schlusse des Spiels war herzlich und stark. ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300610-14/fragment/page=0006

Aus Schwanebeck.

f. **Eine öffentliche Stadtverordnetensitzung** fand am 6. Juni statt. Von den Kassenrevisionen im April und Mai und von der Vergebung der städtischen Fuhren wurde Kenntnis genommen. Genosse Kloke erstattete Bericht über einen Beschluß in der letzten Kreistagssitzung, wo zum zweiten Male ein Antrag der Stadt Schwanebeck um eine Kreisbeihilfe zu den 1929 erfolgten Pflasterungen abgelehnt wurde. Gen. Kloke in seiner Eigenschaft als Kreistagsabgeordneter hatte in der fraglichen Sitzung erneut einen Antrag gestellt auf Gewährung einer Beihilfe von 5000 Mark unter Hinweis, daß die gleiche Summe zu gleichen Zwecken seinerzeit der Stadt Croppenstedt gewährt worden sei. Der Antrag fand die volle Unterstützung unserer Kreistagsfraktion mit 12 Stimmen, dagegen waren die Bürgerlichen mit 13 Stimmen, darunter auch der Gutsbesitzer Otto Roloff-Schwanebeck. Weiter nahm man Kenntnis davon, daß der regierungsseitig gewährte Zuschuß für die hiesige Stadtschule für das Rechnungsjahr 1930 4200 Mark beträgt. Durch die Bemühungen Bürgermeister Borcherts hat dieser Zuschuß in den letzten Jahren eine fortgesetzte Steigerung erfahren. Lange Zeit nahmen die Verhandlungen über einen Antrag der hiesigen Gutenberg-Druckerei auf kostenlose Ueberlassung der amtlichen Bekanntmachungen der Stadt für den neugegründeten „Generalanzeiger für das Huygebiet" in Anspruch. Der Beschluß des Magistrats, den Antrag auf ein Jahr zurückzustellen und dem Antragsteller die amtlichen Bekanntmachungen in Form von Pressenotizen zugänglich zu machen, stieß auf einstimmige Ablehnung. Auch ein Antrag Könnemann (B.), die Bekanntmachungen urschriftlich zum Selbstauszug der Redaktion des „Generalanzeiger" zur Verfügung zu stellen, wurde zunächst abgelehnt. Aber nach Sitzungsunterbrechung und erneuter Verhandlung schloß sich unsere Fraktion dem Antrage Könnemann an, um wenigstens zu einer vorläufigen Lösung zu kommen, bis nach Klärung gewisser Fragen endgültig das letzte Wort gesprochen werden konn. Weiter wurde dann der Erbbauvertrag mit dem Friseur Klietz zur Errichtung eines Wohnhauses in der Wellerwand gutgeheißen. Der abgetretene Grund und Boden wird mit 1,50 Mark qro Quadratmeter in Rechnung gestellt und ist mit 4 Prozent zu verzinsen, Laufzeit 33 Jahre. Als Notstandsarbeiten wurde beschlossen: 1. Anpflanzung von Kirschenbäumen auf dem Kämeckenberge, Instandsetzung der Feldwege im Klausberge, Generaltrift und Flath, 2. Abtragung eines Teiles des Vogelberges. Die veranschlagten Kosten (zu 1: 946 Mark, zu 2: 2400 Mark) wurden bewilligt. Im Anschluß wurde bekannt gegeben, daß der weitere Ausbau der Schützenstraße in Bälde in Angriff genommen werde. Die durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission ausgearbeitete neue Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung wurde mit allen gegen die Stimme Bode (KPD) angenommen.

Kreis Oschersleben.

Nienhagen, 6. Juni. Gemeindevertretersitzung. Zu Freitag, den 6. Juni, hatte der Gemeindevorsteher Rittergutsbesitzer Kühne, die Gemeindevertreter zu einer Sitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung hatte er selber einen Antrag gesetzt, die Amtsvorstehergeschäfte von Krottorf zu trennen und nach Nienhagen zu verlegen. Die SPD sträubte sich dagegen. Wie immer waren die sechs Rechten dafür und fünf dagegen. Daß dieser Antrag nur im Interesse der Einwohner gestellt ist, stimmt nicht ganz. Die Sache ist viel mehr so: Hier in der Gemeinde liegen Grundstücksunklarheiten vor zwischen der Separation-Interessengemeinde und Rittergutsbesitzer Stephan Kühne. In dieser Angelegenheit wird Beschwerde geführt, gegen den Gemeindevorsteher schon von 1924 an bis heute beim Landrat, Kulturamt, Landeskulturamt und Oberlandeskulturamt zu Berlin. Nun wollen endlich die Behörden gegen den Gemeindevorsteher Stellung nehmen. Dabei könnte der Amtsvorsteher Lagenstein (SPD) dem Gemeindevorsteher sehr gefährlich werden. Daß der Gemeindevorsteher Kühne diesen Antrag in seinem eigenen Interesse gestellt hat, um diese Unklarheiten des Grundbesitzes aus der Welt zu schaffen, müßte wohl jeden klar sein. Bis jetzt hatte die Gemeinde noch viele Rechte, Lehmkuhle, Kieskuhle usw., die der Gemeindevorsteher und Verwalter der Interessentenschaft während seiner Amtszeit bis auf einen kleinen Teil verkauft hat. Nun sollten sich die Einwohner es reiflich überlegen, ob sie auch das Letzte hergeben. Diese Anträge sind nicht zu unterstützen.

Aus Quedlinburg.

q. **Genosse Fritz Frech 65 Jahre alt.** Morgen wird Genosse Frech seinen 65. Geburtstag feiern. Seit dem Jahre 1890, 40 Jahre, steht er in den vordersten Reihen der Quedlinburger Arbeiterbewegung. Mehrere Jahre war er 2. Vorsitzender der Partei und noch heute trägt er das Symbol, die Fahne der SPD., den Massen voran. Ueber ein Vierteljahrhundert gehört er den freien Gewerkschaften, jetzt dem Staats- und Gemeindearbeiter-, bzw. dem Gesamtverband an. Beim Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes wurde er zum Mitglied des Betriebsrates von seinen Kollegen gewählt. Später wurde er Vorsitzender des Betriebsrates bis zu seinem Ausscheiden aus der Arbeit wegen Invalidität. Ein Augenleiden zwang ihn, seine Beschäftigung aufzugeben. Auch der Genossenschaft, dem Konsumverein, gehört die Familie Frech seit über 25 Jahren, seit der Gründung an. Wir wünschen dem alten, unentwegten Kämpfer weiterhin Gesundheit für die Teilnahme am Kampfe des Proletariats.

q. **Lebensmüde.** In der Nacht zum Pfingstsonntag machte der Verwaltungsanwärter Fr. E. seinem Leben durch Einatmen von Leuchtgas ein Ende.

q. **Der Volksliederabend des Volkschors** im Brühl erfreute sich eines solch regen Zuspruchs, daß der Vorplatz der Musikhalle und der Garten des Brühlrestaurants die Menschen nicht fassen konnte. Abgerundete Leistungen bot nicht nur der gemischte Chor, sondern auch der durch Gesangverein „Eintracht" verstärkte Männerchor.

q. **Harzer Bergtheater.** Wie nunmehr feststeht, werden die Schauspiele „Wilhelm Tell" und „Peer Gynt" im Sommer bestimmt zur Aufführung kommen. Ueber die beiden anderen noch aufzuführenden Stücke wird die Entscheidung in der nächsten Woche fallen. Das Bergtheater beginnt am Sonnabend, den 5. Juli und schließt am Sonntag, den 24. August. Die Werber für das Harzer Bergtheater befinden sich mit den Einzeichnungslisten unterwegs. Einzeichnungen können ferner noch vorgenommen werden im Zigarrengeschäft Krebs und im Städt. Verkehrsbüro (Wachtel). Wie im Vorjahr, so wird auch in diesem Jahr an Mitglieder, die nur einen Jahresbeitrag von 1 Mark zu zahlen haben, eine Preisermäßigung auf sämtliche Karten von 25 Prozent gewährt. Dadurch werden die an sich für die hochwertigen Vorstellungen schon niedrigen Eintrittspreise weiter so erheblich gesenkt, daß jeder in der Lage ist, das Theater zu besuchen. Für ältere und gebrechlichere Personen soll der Vollständigkeit halber noch mitgeteilt sein, daß zu den Theatervorstellungen Postomnibusse vom Bahnhof Thale zum Bergtheater verkehren werden.

*

Kreis Quedlinburg.

Gatersleben, 8. Juni. Elternversammlung. Die am Pfingstsonnabend in der Kirchschule abgehaltene Elternversammlung war wieder nur schwach besucht, obwohl die Zahl der Wahlberechtigten einige Hundert beträgt. Bei der Bildung des Wahlvorstandes wurde Genosse Bläsig als Vorsitzender, Buchhalter Kretschmann als Vertreter, Genosse Fritsche als Schriftführer, Polizeiwachtmeister Lamy als Vertreter, Genosse Gerste als Beisitzer und der Landwirt Otto Mantel als Stellvertreter gewählt. Der Wahlvorstand vereinbarte dann, daß die Wahlhandlung am 22. Juni von 11 bis 4 Uhr in der Kirchschule stattfindet.

Nachterstedt, 7. Juni. Die Schweinezwischenzählung ergab in 217 (181) Haushaltungen mit Schweinen mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von insgesamt 312.59 ha — davon Ackerland im besondern 219,66 ha — 58 (39) Ferkel, 299 (299) Jungschweine, 74 (42) ½ bis noch nicht 1 Jahr alte, und 12 (10) über 1 Jahr alte, zusammen 442 (390) Schweine. Die eingeklammerten Zahlen stellen das Ergebnis der Zählung vom 1. März 1930 dar.

Aus Thale.

t. **Eine Versammlung sämtlicher Lehrlinge** und jugendlichen Arbeiter findet am Donnerstag, den 12. Juni, 19,30 Uhr, im Restaurant zur grünen Tanne statt. Einberufer ist das freigewerkschaftliche Jugendkartell.

t. **Der Zentralverband der Angestellten** hielt am Freitag im Restaurant zum Harz eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Im besonderen standen die auf dem letzten Verbandstag beschlossenen Satzungsänderungen zur Aussprache. Der anwesende Gauleiter Kollege Kübler-Halle, konnte hierbei so manches zur Aufklärung und besseren Verständnis beitragen. so daß im allgemeinen die Versammlung die Beschlüsse des Verbandstages gut hieß.

Sport.

Großer Meisterpreis von Braunschweig. Am 22. Juni treffen sich die Herrenfahrer Niedersachsens in einem vom RSC-Meister 1925 vorbereiteten Straßenrennen, welches über die 125 km lange Strecke Braunschweig—Wilfenbüttel—Mattierzoll—Hessen—Halberstadt—Hessen—Mattierzoll—Uehrde—Schöppenstedt—Braunschweig führt. Der Start erfolgt morgens ab 10 Uhr nach dem Vorgabereglement derBDRB in Braunschweig vor dem Hofjäger in der Wolfenbüttelerstraße. Das Ziel indes ist vor die „Erholung" in die Helmstedterstraße gelegt worden, woselbst die ersten Teilnehmer gegen 14 Uhr zurückerwartet werden dürften. Meldungen sind zu richten, an Wilhelm Laas, Braunschweig, Petritorwall 30.

Mitteldeutsches Landesturnfest. Man kann mit Sicherheit mit einer Teilnehmerzahl von 5500—6000 Personen rechnen. Prozentual am stärksten sind erklärlicher Weise die beiden Harzgaue, Harz-Huy-Gau und Gau Grafschaft Wernigerode vertreten. Von dem letzteren haben, bis auf 3, alle von den 19 angeschlossenen Vereinen sich gemeldet. Von den 68 Vereinen des Harz-Huy-Gaues haben sich 17 noch nicht zur Teilnahme entschlossen. Hierbei muß man berücksichtigen, daß sich viele Turner und Turnerinnen angesichts der wirtschaftlichen Lage, auch wegen Urlaubsschwierigkeiten, nicht auf längere Sicht entschließen können. Es ist möglich, daß am Festsonntag ein Massensturm von Sonntagsfahrern einsetzt, die eine Meldung aus den eben angeführten Gründen unterließen. Die Arbeiten in der Feststadt schreiten rüstig fort. In Kürze wird mit der Instandsetzung des Festplatzes begonnen werden. Der Weg des Festzuges am Sonntag nachmittag hat eine kleine Aenderung erfahren, insofern, als nach dem Gegenzug auf dem Breiteweg die eine Hälfte des Zuges durch den Hoheweg und die andere durch Schmiedestraße—Westendorf nach dem Festplatz auf den Anger geleitet wird. Als Vorläufer für das Fest wird in Kürze das amtliche Festbuch, ein geschmackvoller Band von über 100 Seiten erscheinen. Dieses wird nebst den Festkarten, Festabzeichen usw. an alle gemeldeten Teilnehmer versand und wird ebenfalls werbend und anregend wirken.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Verein Halberstadt (Motorradfahrer-Abteilung). Sämtliche Fahrer müssen morgen abend, 8 Uhr, pünktlich am „Odeum" erscheinen zur Werbefahrt durch die Stadt. Keiner darf fehlen: gilt es doch für unseren Bund und unsere Ortsgruppe zu werben.

Dauersitzung der Quedlinburger Stadtväter.

Ueber 6 Stunden währten am Donnerstag die Verhandlungen im Stadtverordnetensitzungssaale. Es trat wieder einmal in Erscheinung, daß man in Kleinigkeiten groß sein kann. Fast eine Stunde benötigten die Stadtväter, um die Wahlvorschlagskommission in Ordnung zu bringen. Beinahe ebensolange dauerte die Aussprache über den Agitationsantrag der Nationalsozialisten, die Beamtengehälter abzubauen. Eifrig wurde über die Anstellung einer Frau in der Badeanstalt debattiert. Als zur Beratung der Einzelhaushaltspläne übergegangen wurde, zeigte es sich sofort, daß mit einer Annahme des Gesamthaushaltes nicht zu rechnen war. Die Regierer wollen die Verantwortung nicht tragen, unsere Parteigenossen gaben eine Erklärung ab unter Hinweis auf den schmutzigen Wahlkampf. Am interessantesten war es, als Einheitsliste und Nazis die vorjährigen Steuerzuschläge bewilligten. Wie hat man im letzten Wahlkampf gegen die bewilligungsfreudigen Marxisten gewettert und nun kann man auch nur mit Wasser kochen. Die Mehrausgaben sind nur durch die ansteigenden Wohlfahrtslasten bedingt und hierfür muß Deckung beschafft werden. Wirkliche Vorschläge zur Einsparung von Mitteln sind, trotz mehrfacher Aufforderung des Oberbürgermeisters, nicht gemacht worden. Der Zwangsetat wird unausbleiblich sein.

*

Gewerbliche Berufsschule: Einnahme: 65 527 Mark. Ausgabe 108 947 Mark. Zuschußbedarf: 43 420 Mark. Der Haushalt wird abgelehnt.

Wohlfahrts- und Jugendamt: Einnahme 372 385,62 Mark. Ausgabe: 237 207,62 Mark. Zuschußbedarf: 864 822 Mark. Stadtv. Chop (Einheitsliste) hielt den Personalkörper am Dippestift und am Wipertistift für zu groß und aufgebläht. Stadtrat Gen. Nobbe teilte die Zahlen der Pfleglinge mit und wies darauf hin, daß es sich im Gebr. Dippestift um 15 Schülerinnen handelt. Mit Nein stimmte Stadtv. Buschhorn (N.-S.), und die Stadtv. Chop, Großmann, Buckelkorn, Kühle, Laaß, Linsel, Vogel und Fütterer von der Einheitsliste, also für Ablehnung des Haushaltsplanes, die 20 übrigen Stadtverordneten stimmten für Annahme mit Ja.

Stadt- und Kreiskrankenhaus: Einnahme: 497 074 Mark. Ausgabe: 511 795 Mark. Zuschuß der Stadt 4 415 Mark. Stadtv. Gen. Behrens wünscht, daß die Baracken vor dem Krankenhaus nun endlich verschwinden könnten und, soweit sie noch nicht entbehrt werden können, so hergerichtet würden, daß es menschlich zu verantworten sei. Der Haushalt wird genehmigt.

Ortsausschuß für Jugendpflege: Einnahme 2650 Mark. Ausgabe 15 215 Mark. Zuschußbedarf 12 565 Mark. Hierbei wurde die Sitzung wieder einmal sehr stürmisch. Ausgerechnet der Stadtv. Reinecke (N.-S.), regte sich darüber auf, daß das Jugendheim, welches für die Allgemeinheit bestimmt sei, in politische Bahnen eingetreten sei, weil es die Zeitschriften der Nationalsozialsten nicht auslegen lasse. Der Dezernent Stadtrat Dr. Langloß verwies darauf, daß nach den Bestimmungen der Regierung nationalsozialistische u. kommunistische Jugendorganisationen und Zeitschriften im Jugendheim nicht geduldet würden, weil sie ja den Staat nicht anerkennen. Stadtv. Dr. Kühle sagte, er wundere sich, daß politische Zeitungen in einem Jugendheim auslägen. Seiner Meinung nach gehöre Politik nicht in ein Jugendheim. Der Stadtv. Gen. Behrens weist darauf hin, daß das Kreisblatt sich sehr einseitig politisch betätige und demnach wohl keine Tageszeitung ohne Stellungnahme zur Politik auskomme. Stadtv. Schuchardt wies darauf hin, daß die nationalsozialistischen Zeitungen, wenn sie aufhören würden, gegen den Staat zu hetzen und zum Meuchelmord aufzufordern, schließlich später auch im Jugendheim ausliegen könnten. Solange die Sache nicht geschehe, müssen sie fern gehalten werden. Stadtv. Dr. Kühle fragte an, ob es wahr sei, daß auch im Lesezimmer der Oberrealschule politische Tageszeitungen ausgelegt würden. Bürgermeister Boisly, weist darauf hin, daß in den oberen Klassen der Schule Staatsbürgerkunde getrieben werden müsse und aus diesem Grunde sei es notwendig, auch die Tageszeitungen der verschiedenen politischen Richtungen, soweit sie nicht direkt gegen den Staat eingestellt seien, zur Verfügung stehen müßten.

Der Haushaltsplan der Stiftungen, Schenkungen und Vermächtnisse, in Einnahme und Ausgabe mit 947,10 Mark abschließend, wurde genehmigt. Desgleichen der Haushaltsplan der Hauszinssteuer-Hypotheken-Kasse (Einnahme und Ausgabe 490 058 Mark). Ebenso der Haushaltsplan der Feldbauverwaltung in Einnahme und Ausgabe mit 54 800 Mark. Ueber die übrigen Haushaltspläne, die bisher im Kämmereihaushaltsplan enthalten waren, berichtet Stadtverordneter Gromann (Einh.-Liste) etwa folgendes: Der Etat der Finanzverwaltung zeigt einschließlich des bereits durch neue Steuern eingesetzten Betrages von 111 000 Mark Einnahme in Höhe von 3 729 052 Mark, denen Ausgaben von 1 641 695 Mark gegenüberstehen. Bei einem Ausgabe-Etat von 6 501 947 Mark ergeben sich in der Zentralverwaltung an Personalkosten 655 749,30 Mark. Hier könnten durch Einsparung an den Personalkosten von etwa 10 Prozent oder durch andere Einstufung Ersparnisse in Höhe von zirka 50 000 Mark gemacht werden. Beim Wohnungs- und Mieteinigungsamt müsse danach gestrebt werden, daß dieser Posten bald ganz verschwindet oder wenigstens eingeschränkt werden, sodaß der jetzige dafür verausgabte Betrag von 22 704 Mark vorläufig zum Teil eingespart werden kann. Bei der Bauverwaltung ist größte Sparsamkeit am Platze, insbesondere bei der Instandhaltung der Häuser und Schulen. Der Schlachthof arbeite zu teuer. Quedlinburg habe zu viel höhere Schulen. Die Gewerbliche Berufsschule müsse erst noch den Berechtigungsnachweis erbringen. Die Schule sei sehr schön eingerichtet. Die Ausgaben hierfür seien zu hoch. Bei der Wohlfahrtspflege müßten auch noch Ersparnisse gemacht werden.

Stadtv. Gen. Schuchardt stellt zu diesem Haushaltsplan verschiedene Anträge. Er führte aus, daß auf dem Friedhof z. B. für Löhne rund 3000 Mark gestrichen worden wären. Die Stadtverordneten müßten sich einmal die Gräberpflege ansehen. Sie würden dann selbst finden, daß es notwendig sei, hier mehrere Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Arbeiterzahl sei immer mehr zurückgegangen trotz Vergrößerung des Friedhofes durch Hinzukaufen von Ackerstücken. Er beantragte die Position für Löhne von 14 000 auf 17 000 Mark zu erhöhen, außerdem die für Angestelltengehälter abgesetzten 4000 Mark wieder einzusetzen. Stadtrat Horl bittet die Stadtverordneten, doch wenigstens den Haushaltsplan für das Waisenhaus und die Hospitäler zu genehmigen, damit die Kinder und alten Leute versorgt werden könnten. Die Haushaltspläne und die Anträge wurden abgelehnt. Einheitsliste und Nazis wollen Angestellte entlassen und sind auch gegen die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Stadtv. Grohmann führte noch aus, daß das Gehalt der Stenotypistinnen zu hoch sei. Wenn keine anderen Vorschläge möglich seien, um die Ausgaben zu senken, dann müsse es die Stadt machen wie es die Wirtschaft macht und von der Substanz leben.

Hierauf gab Genosse Behrens folgende Erklärungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion ab:

„Bisher haben meine politischen Freunde hier im Stadtparlament, obwohl sie nicht in der Mehrheit waren, das Selbstbestimmungsrecht hochgehalten. In all den hinter uns liegenden Jahren ist mit unserer Hilfe jeder Haushaltsplan zustande gekommen. In all diesen Jahren ist dank der verantwortungsvollen Parteien hier produktive Arbeit für die arbeitende Bevölkerung geschaffen. Wer für die arbeitende Bevölkerung sorgt, schafft auch den Gewerbetreibenden Verdienst. Diese von uns geübte Verantwortung ist von gewissen Kreisen nicht verstanden, meistens haben diejenigen am meisten geschimpft, welche niemals Steuern entrichtet haben. Böswillig und verleumderisch haben die Gegner in all den hinter uns liegenden Zeiten gehandelt, welche uns der Steuerfreudigkeit bezichtigt haben. Niemand wird ernsthaft behaupten wollen, daß es überhaupt Parteien gibt, welche gern Steuern beschließen. Jeder ernsthafte Politiker weiß, daß man unpopulär wird, wenn man Steuern bewilligt. Den Mut, unpopulär zu sein, muß trotzdem jede Partei aufbringen, wenn sie nicht nach kurzer Zeit abtreten will. Diese von uns geübte Verantwortung all die Jahre zuvor, sollen jetzt diejenigen tragen, welche, um mit Herrn Schindler zu sprechen, „jetzt regieren". Wenn es gewünscht wird, muß man nun eben der Bürgerschaft in Quedlinburg einmal Anschauungsunterricht erteilen. Wir sind neugierig zu erfahren, wie man hier regieren will, ohne für notwendige Steuerbewilligung zu sein. Vielleicht hilft Ihnen in diesem Jahre der Zwangsetat; das zweite Mal geht auch dieser verantwortungslose Spaß zu Ende.

Das Bauhandwerk, ganz besonders die Unternehmer, verlangen, daß ihre Vertretung hier für Arbeit Sorge trägt; wer aber Arbeit schaffen will, muß auch Steuern bewilligen. Eins ohne das andere ist undenkbar. Die Kaufleute und Gewerbetreibende klagen über schlechte Geschäfte; das ist eine Folge, daß keine produktive Arbeit geschaffen wird. Die gegnerischen Parteirichtungen sind sich immer einig, daß der Marxismus beschimpft wird. Nun, wir haben bisher immer gewußt, daß ganz besonders in Quedlinburg die bürgerlichen Gegner und ihre Presse, das Kreisblatt, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie vor keinem Mittel zurückschreckt. Uns ist bekannt, daß immer noch ein Konto geführt wird, welches die Bezeichnung trägt: „Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie." Dieser Umstand muß von uns berücksichtigt werden. Sie müssen nun sehen, wie sie ohne die von Ihnen verhaßte Sozialdemokratie fertig werden. Mein Freund Hartung hat Ihnen ja letztens gesagt, daß Lehrjahre keine Herrnjahre sind. Es mag sein, daß sie es schnell begreifen, es kann aber auch sein, daß Sie das überhaupt niemals begreifen lernen. Auf alle Fälle ist unser Bestreben, Ihnen nichts abzunehmen, Ihnen nichts zu schenken. In voller Verantwortung und Uebereinstimmung mit unserer Wählerschaft enthalten wir uns bei der Steuerfrage der Stimme." —

Stadtv. Kühle führte aus, die Behauptung wäre kühn, daß die Einheitsfraktion aus Angst vor den Nationalsozialisten den Haushaltsplan ablehne. Sie befolgten nur die ministeriellen Ratschläge, in diesem Jahre die Zuschläge zu den Steuern nicht zu erhöhen. Er beantrage die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die im vorigen Jahre erhobenen Steurn zu bewilligen und den Magistrat zu ersuchen, sich mit diesen Mitteln einzurichten. Der Oberbürgermeister schlägt der Stadtv.-Versammlung vor, eine gemischte Kommission, bestehend aus 12 Stadtverordneten und 5 Magistratsmitgliedern zu wählen, welche nochmals eine Verständigung versuchen sollte. Stadtv. Behrens erklärt, das hätte keinen Zweck. Der Etat wurde abgelehnt. Die gemischte Kommission wird ebenfalls abgelehnt. Die Steuersätze vom vorigen Jahre werden mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Einheitsfraktion angenommen.

Mitteldeutsche Rundschau.

Schadenersatzprozesse um Vienenburg.

Vienenburg. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß wenige Tage nach dem Gutachten der Berliner Geologischen Landesanstalt, am 4. Juni, also kurz vor der großen Pfingstreisezeit, sich im Vienenburger Eisenbahngelände wiederum ein neuer Trichter gebildet hat. Die Berliner geologischen Sachverständigen hatten in dem an den Gemeindevorstand von Vienenburg gerichteten Gutachten gesagt, daß „zunächst" die Gefahr weiterer Trichterbildungen ausgeschlossen sei. Die preußische Bergwerks-Aktiengesellschaft schiebt nun die Schuld an den Trichterbildungen auf die durch den starken Eisenbahn- und Kraftwagenverkehr verursachten Erschütterungen, durch die sich erst die feinen Risse im Salz gebildet haben sollen, durch die angeblich das Salz- und Grundwasser aus den natürlichen Gipsschlotten über dem Salzlager und über dem Bergwerksbetriebe ausgelaufen ist und die nun alle Augenblicke einstürzenden Trichter gebildet hat. Die Geschädigten können unter diesen Umständen nicht wissen, an wen sie sich wegen Schadenersatzes zu halten haben und laufen Gefahr, mit ihren Ansprüchen gegen alle Beteiligten wegen Mangels an Beweisen abgewiesen zu werden. Die Prozesse drehen sich naturgemäß um sehr hohe Objekte; sie werden dementsprechend hohe Kosten und Kostenvorschüsse verursachen, und wegen der zu erwartenden widersprechenden Gutachten voraussichtlich Jahre dauern. Da alle drei Schachtanlagen unter etwa 2 Millionen Kubikmeter Salzwasser stehen und dieses nirgends hingeleitet werden kann, ohne neue Schadenersatzansprüche heraufzubeschwören, wird ein einwandfreier „Beweis" der Schadensursache schwer zu erbringen sein. 2 Millionen cbm Salzwasser füllen eine Fläche von 1 bis 2 Kilometer einen Meter hoch.

Raubüberfall in einem Hause.

Magdeburg. Am Pfingstsonnabend wurde eine Dame in einem Hause in der Otto von Guerickestraße von einem Mann überfallen und ihrer Geldtasche beraubt. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen eilten Leute aus dem Nachbargrundstück herzu. Als der Täter die Schritte der Ankommenden hörte, warf er der Dame die Tasche wieder zu, eilte auf die Straße und entkam auf einem bereitstehenden Fahrrad.

Der nasse Tod.

Magdeburg. Wie alljährlich, so fordert die Elbe mit Beginn der Badezeit und des Bootverkehrs auch in diesem Jahre wieder ihre Opfer. Am Freitag gegen abend fuhren zwei Freunde mit ihrem Paddelboot die Elbe stromaufwärts. In der Nähe des Wasserturms bei Prester, kurz vor der Abzweigung der Alten Elbe an der Rotehornspitze, sprang der eine von ihnen, der 21 Jahre alte Arbeiter Staufendiehl von hier, trotz Abratens seines Freundes in die Elbe. In der starken Strömung ist der Waghalsige wahrscheinlich in ein Wasserloch geraten und ertrunken. Er kam nicht wieder zum Vorschein. Trotz sofort aufgenommener Rettungsversuche des Wasserschutzes konnte die Leiche bisher noch nicht geborgen werden.

Im Aufwaschheimer ertrunken.

Braunschweig. Ein einige Monate altes Kind rutschte in Abwesenheit der Mutter vom Sofa herunter und fiel in den neben dem Sofa stehenden Aufwaschheimer. Das Kind ertrank. Der Vater des Kindes war bei dem Unfall wohl zugegen, wurde jedoch zu spät darauf aufmerksam.

Fünf neue Junkers-Weltrekorde.

Dessau. In den letzten Tagen gelang es den Flugkapitänen Zimmermann und Grundke, mit dem Junkers-Junior auf Schwimmern fünf Welthöchstleistungen aufzustellen, die bei dem anwesenden Sportzeugen des Deutschen Luftrates zur Anerkennung durch die F.I.A. für Weltrekorde angemeldet werden konnten. Am 4. Juni wurde vom Flugkapitän Zimmermann zunächst mit Dipl.-Ing. Schinzinger als Begleiter die Höhe von 4 700 Metern erreicht, sodann ohne Begleiter die Höhe von 5 700 Metern. Der Steigflug erfolgte in etwa 100 Minuten, eine außerordentlich beachtliche Leistung des Piloten, der den Flug ohne Sauerstoffapparat unternahm. Am 6. Juni flog der Wasser-Junior unter Führung des Flugkapitäns Grundke mit Begleiter auf einer abgesteckten Strecke von 50 Kilometern insgesamt 8 Stunden, 27 Minuten und stellte darauf folgende drei Höchstleistungen auf: Die Höchstgeschwindigkeit betrug 164 Stundenkilometer. Die gesamte geflogene Strecke betrug 900 Kilometer und die Dauer des Fluges betrug 8 Stunden 27 Minuten. Nach etwa sieben Stunden gab Grundke den Pendelflug auf und kreiste über dem Flugplatz. Junkers-Junior ist zum ersten Mal auf der Weltrekordliste erschienen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß das Rekordflugzeug ohne weiteren Umbau aus der Serie genommen wurde, was die vorzügliche Leistung dieses ersten Ganzmetall-Leichtflugzeuges noch besonders wertvoll macht.

Verzweiflungstat eines Familienvaters.

Wolfen. Der Arbeiter R., Vater von vier unmündigen Kindern, wollte sich in der Leipziger Straße von einem Kraftwagen überfahren lassen. Im letzten Augenblick konnte er noch von Passanten zurückgehalten werden. Der Landjäger mußte den Lebensüberdrüssigen fesseln und in Gewahrsam bringen.

Explosion auf einem Saaledampfer. — Ein Toter.

Halle. Am Freitag nachmittag fand auf dem Dampfer „Ostia" der Deutsch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der sich mit einer Ladung Stückgut auf der Fahrt nach Hamburg befand, kurz nach dem Passieren der Trothaer Schleuse, nachdem der Dampfer an der linken Uferböschung festgelegt hatte, eine Kesselexplosion statt. Die Besatzung außer dem Maschinisten Baack aus Kehnert befand sich an Deck. Baack war allein im Kesselraum. Nach der Explosion drangen der Kapitän Helmich und der Steuermann Zacharias sofort in den Maschinenraum ein, um dem Maschinisten Baack Hilfe zu bringen. Sie fanden ihn durch ausströmendes kochendes Wasser schwer verletzt im Maschinenraum liegen. Beide schafften ihn an Deck, von wo er durch die Feuerwehr dem Krankenhaus zugeführt wurde. Baack ist kurz nach seiner Einlieferung verstorben. Die Leiche ist beschlagnahmt.

Am Pfingstsonntag segnete uns der gütige Schöpfer mit einer kräftigen kleinen

Ursula

Nun haben wir ein Viergespann.

Halberstadt, den 8. Juni 1930.
Privatklinik Dr. Froriep

Pfarrer Richard Moeseritz
und Frau Ilse geb. Eiselen.

Am 1. Pfingsttag früh 3¼ Uhr entriß mir der Tod meine liebe Frau, meines Kindes treusorgende Mutter, unsere gute Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin, Enkelin, Nichte, Kusine und Tante

Frau Frieda Brestrich
geb. Wehrstedt

im blühenden Alter von 22 Jahren.

In tiefem Schmerz im Namen der Hinterbliebenen:
Halberstadt, den 10. Juni 1930

Georg Brestrich und Tochter Ilse.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Juni, nachmittags ¾3 Uhr, von der hiesigen Friedhofskapelle aus, statt.

Willst Du ein wohnlich Heim, so mußt Du streichen und tapezieren.

Oele, Lacke, Farben
und alle Bedarfsartikel
für Lackierungen und Anstriche
fachmännisch ausprobiert und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der
Rohstoff-Genossenschaft der Maler
Blücherstr. 19. Geschäftszeit von 8—12 u. 2—5 Uhr. Fernr. 1611

Schablonen, Bohnerwachs, Salmiakgeist
Rostschutzfarben, Isoliermittel geg. feuchte Wände

Die Erd- und Maurerarbeiten

zum Bau von 11 Wohnhäusern für die **Halberstädter Wohnungsbaugesellschaft** sollen öffentlich vergeben werden. Verschlossene Angebote mit entsprechender Aufschrift sind bis zum

Eröffnungstermin am 17. Juni d. Js., vormittags 10 Uhr

im **Baubüro Kattowitzerstraße 47a** abzugeben. Dort können auch die Verdingungsunterlagen eingesehen und, soweit der Vorrat reicht, gegen Erstattung der Unkosten entnommen werden.

Mitteldeutsche Heimstätte, Bauleitung Halberstadt.

Kirschen-Verpachtung.

Der diesjährige Ertrag an **Süß- und Sauerkirschen** der Bäume folgender städtischer Landstraßen und Anpflanzungen soll öffentlich meistbietend verpachtet werden:

1. Westerhäuserstraße einschließlich Hohlweg,
2. Plan 1836 am Südhang der Klusberge,
3. Blankenburger Weg von der Goldbachbrücke bis zum Landhaus, einschließlich der am Nordrand des zum Stadtgut Spiegelsberge gehörigen Ackerplanes angepflanzten Bäume (südlich des Goldbaches),
4. Groß-Quenstedter Landstraße,
5. die sogenannten Hasenlöcher am Harzklubweg.

Termin zur Verpachtung wird auf

Freitag, den 13. Juni, 9.30 Uhr

in der **Wehrstedt'schen Gastwirtschaft** (Wintergarten) am Fischmarkt festgesetzt.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Zuschläge nur erteilt werden, wenn die Hälfte der Pacht sofort im Termin, die andere Hälfte bis 5. Juli gezahlt wird. Die näheren Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben, können aber schon vorher im Zimmer 32 des Bürohauses, U. d. Weiden, eingesehen werden. Wir laden Pachtlustige hierzu ein.

Halberstadt, den 10. Juni 1930.

Der Magistrat.

Märchen-Nachmittag
morgen, Mittwoch nachmittag 3 Uhr, im **Marie-Hauptmann-Stift**
Kasperle spielt mit den Kindern die beiden Märchen
„Hänsel und Gretel"
und ***„Rumpelstilzchen"***
Eintritt 20 Pfg., Geschwister 15 Pfg.
Alle Kinder sind herzlichst eingeladen.

Partei-Literatur jeder Art zu haben im **Halberstädter Tageblatt.**

Zur
Balkonbepflanzung
Empfehle stehende und hängende **Geranien, Petunien, Kobea, Trophaelum und Sommerblumen** in herrlichen Sorten und reichlicher Auswahl. Möchte auch hinweisen auf meine kräftigen **Tomaten, Gemüsepflanzen und Sommerblumen zur Gartenbepflanzung.**
Adolf Richard jun.
Gärtnerei
Am Berge 2.

Uhren-Reparaturen
schnell, sauber, billig
Gustav Pfeiffer,
Uhrmacher,
Franziskanerstraße 34.

Kammer KL Lichtspiele

Von Dienstag bis Donnerstag
bleiben die Kammerlichtspiele
während der Sommermonate
wegen Unrentabilität
geschlossen

Kirschenverpachtung.

Die diesjährigen Gemeindekirschennutzungen sollen am

Freitag, 13. d. Mts., vormittags 10 Uhr

im hiesigen „Gemeindekrug", unter den im Termin bekannt gegebenen Bedingungen öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Hälfte der Pachtsumme ist sogleich im Verpachtungstermin anzuzahlen.

Anderbeck, den 10. Juni 1930.

Die Ortsbehörde.

Kirschen-Verpachtung.

Am Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, soll im **Kremmling'schen Gasthause** die diesjährige Kirschenernte der hiesigen Gemeinde öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Bekanntgabe der Bedingungen erfolgt im Termin.

Huy-Neinstedt, den 10. Juni 1930.

Der Gemeindevorsteher.

Lichtschau LSH Spielhaus

Ab heute Dienstag bis nur einschl. Donnerstag:
Im Zeichen des Humors
steht unser heutiges Programm!
Die prominentesten Vertreter des deutschen Filmlustspiels erwecken Stürme der Heiterkeit in dem Großlustspiel

Die übermütigen Abenteuer einer Durchgängerin.
Das Urteil der Presse:
Ein Erfolg — ein hundertprozentiger. Ein Einfall jagt den anderen. Dina Gralla in einer glänzenden Jolson Parodie. Wir haben gelacht, gelacht und wieder gelacht, über ein glänzendes deutsches Lustspiel.
Ausgezeichnet die Parodie auf Sonny Boy. Nicht endenwollender Beifall zeigte, wie das Publikum sich amüsiert hatte.
Weitere Mitwirkende:
Albert Paulig, Anna Müller Linke, Hugo Werner Kahle
Im weiteren Programm:
WILLIAM FAIRBANKS
der beliebte Sensationsdarsteller in
Der König der Sensationen
Die Geschichte einer Wette um 3000 Dollar. Der neue Fairbanks-Film, der an Spannung, Sensationen u. Abenteuerlichkeit seine früheren Filme überbietet! Sämtliche akrobatischen Tricks und Sensationen sind von William Fairbanks persönlich ausgeführt. Immer wieder muß man seine helle Freude an diesem tollen Wagehals haben, der mit lachendem Gesicht und mit harten Fäusten das feindliche Leben meistert.
Die neue Wochenschau **Die Kulturschau**

Es ist uns gelungen, den zur Zeit in Schweden mit größtem Erfolg gastierenden Heldentenor
Hans Brodal
früher Stadttheater Halberstadt für ein kurzes Gastspiel zu gewinnen. Beachten Sie unsere diesbezügl. Ankündigungen.

Wernigerode

Motorrad
zu verkaufen
Breitestraße 54.

Waldbühne im Lustgarten.
Heute 4½ Uhr
Tell
Karten 0.50, 1.00, 1.50, 2.00 Mk.

Kurtheater
Mittwoch, 8¼ Uhr
Lustspielabend
Der Lampenschirm
von Kurt Götz
0.75, 1.25, 1.75, 2.25 Mk.

Von **6.50 Mk.** an erhalten Sie 50 laufende Meter bestverzinktes
Drahtgeflecht
Verlangen Sie Angebot
Fritz Krippner
Drahtgeflechtfabrik
Halberstadt
Roonstraße Nr. 11

Präpar. Viehlebertran
Vieh-Lebertran-Emulsion
Rats-Apotheke.

An die Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 5
sind **bis 16. d. Mts.** zu zahlen:
1. Grundvermögens- und Hauszinssteuer für Juni,
2. Gewerbelohnsummensteuer für Mai unter gleichzeitiger Abgabe der Lohnsummensteuererklärung für Mai.

Bei verspäteter Zahlung sind Verzugszinsen zu entrichten; im Falle der Mahnung und Zwangsvollstreckung entstehen weitere Kosten.

Wernigerode, den 7. Juni 1930.

Der Magistrat. (Steueramt.)

Die Anzeigen-Annahmestelle
der
„Harzer Volksstimme"
befindet sich
Burgstraße 30 Tel. 319.

Schloß-Lichtspiele Wernigerode

Dienstag - Donnerstag
Beginn ab 7 Uhr abends
ein glänzendes Doppelprogramm
voll Humor und Sensation.

I.
Ossi Oswalda - Jwa Wanja
Pavanelli — Kampers — Brausewetter
in dem flotten Lustspiel
Das Haus ohne Männer

II.
Claire Rommer - Salto King
Bernh. Goetzke - Valery Boothby - Gerh. Dammann
und der Polizeihund „Greif"
in dem kriminellen Sensationsfilm
Die Todesfahrt im Weltrekord

Im Beiprogramm:
Kulturfilm . **Deulig-Woche**
Um ¾9 Uhr abends (20.45 Uhr)

Persönliches Auftreten
des berühmten Bauchredners
Ludwig Lück aus Berlin!
ein geborener Wernigeröder
mit seinem Partner „August"
Ein Lach- und Heiterkeitserfolg ohne Ende
Die Eintrittspreise sind nicht erhöht

Ab heute Sommerspielzeiten:
Wochentags ab 7 Uhr
Sonntags ab 6 Uhr
Täglich letzte Vorstellung ½9 Uhr abends.

Der neueste
Jack London
„Die Fahrt der Snark"
ist erschienen und zu haben in der
Volksbuchhandlung
Halberstädter Tageblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300610-14/fragment/page=0008

Ein Vergleich: Die Sozialdemokratie und die übrigen Parteien

Das sind die Gegner!

Ohne Zukunft und ohne Organisationskraft / Wer bezahlt sie?

Der Jahresbericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für das Jahr 1929 ist in der gesamten Oeffentlichkeit mit größtem Interesse aufgenommen worden. Die Parteipresse hat aus dem umfangreichen Buche, das in jeder Parteibuchhandlung zu haben ist, wichtiges Material veröffentlicht. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie öffentlich von ihrer organisatorischen Entwicklung berichtet, ist ein Beweis unerschütterlicher Kraft. Keine andere Partei legt so offen ihre Bücher auf.

Auch die bürgerliche Presse hat das anerkennen müssen. Die schwerindustrielle „DAZ." schreibt von der

Macht der Sozialdemokratie

Ein Teil der bürgerlichen Presse glaubt allerdings, durch Verschweigen über die Existenz der Arbeiterpartei hinwegzukommen.

Wie sich auch die Presse verhalten mag, die Sozialdemokratische Partei wird in breitem Strom vorwärts marschieren und Frauen und Männer, vor allem aber die Jugend, in ihren Bann zwingen. Die Sozialdemokratie ist und bleibt die Partei der Gegenwart und der Zukunft. Die Partei wird ihre Organisationen durch die Tatkraft ihrer Funktionäre immer weiter ausbauen. Sie wird neue Mitglieder, neue Mitstreiter gewinnen, sie wird neue Ortsgruppen gründen, dort wo es notwendig ist. Es steht fest, daß keine Partei der Sozialdemokratie Gleiches entgegenzustellen hat. Nach Erscheinen des Berichts der Sozialdemokratie ist es notwendig, die gegnerischen Parteien von heute näher zu betrachten.

Die deutschen Industriellen sind von der Ohnmacht der bürgerlichen Parteien überzeugt. Sonst hätte der Geheimrat Duisberg nicht den Ruf nach einer politischen Aktivierung der industriellen Persönlichkeiten erhoben. Dieser Ruf muß den schaffenden Schichten des Volkes Warnung sein. Nicht umsonst haben die Industriellen vorher beschlossen, politische Berater in großen Werken und Industrien einzustellen. Das sind alles Versuche, die Sozialdemokratie zu überwinden.

Sie werden aber genau so fehlschlagen wie die Versuche des Volksparteilers Scholtz, der zur Sammlung der „bürgerlichen Mitte" geblasen hat. Jungdo, Volkspartei, Volkskonservative und Demokraten sollten in gemeinsamer Front, natürlich gegen die Sozialdemokratie, marschieren. Dieser Versuch des Zusammenschlusses mußte mißlingen, weil sich die Anhänger der einzelnen bürgerlichen Richtungen nicht einmal in kleinen politischen Fragen einigen können.

Daraus ist die Lehre zu ziehen, daß die große politische Kraft allein bei der Sozialdemokratie liegt. Sie hat allein im ersten Viertel des Jahres 1930 über 10 000 neue Mitglieder gewonnen, so daß sie jetzt 1 032 000 Mitglieder zählt.

Wie es mit den bürgerlichen Parteien bestellt ist, geht aus einer Broschüre hervor, die in der Schriftenreihe des Jungdeutschen Ordens erschienen ist. Es wird dort untersucht, wer den bürgerlichen Parteien die Wahlkosten bezahlt. Der bürgerliche Verfasser kommt zu der Feststellung, daß es in Deutschland nur eine einzige Partei gibt, die ihre Wahlkosten selbst bezahlt: das ist die deutsche Sozialdemokratie. Da die bürgerlichen Parteien nur schwache Organisationen haben, erhebt sich die Frage, wer eigentlich die Kosten dieser Parteien bezahlt. Der Jungdeutsche antwortet selbst:

„Es bleibt nur die an Menschenzahl kleine, aber geldmächtige Gruppe der international fundierten Konzerne. Tatsächlich läßt sich auch an markanten Beispielen nachweisen, daß die Konzerne der Bankwelt und der Schwerindustrie hauptsächlich als Geldgeber der deutschen bürgerlichen Parteien auftreten."

Der bürgerliche Verfasser erklärt ausdrücklich, daß das Kapitalistengeld weder aus Gutmütigkeit noch aus Vaterlandsliebe gegeben werde. „Für die Geldgeber gibt es hauptsächlich das Geschäftsinteresse".

Sehen wir uns die anderen Parteien an!

Die Partei der Phrase.

Da sind die Hakenkreuzler. Sie nennen sich stolz und zuversichtlich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die Hakenkreuzler hätten auf ihrer Münchener Führertagung Ende April Gelegenheit gehabt, genaues von ihrer Organisation mitzuteilen. Es wurde beiläufig die nicht nachzukontrollierende Mitgliederzahl von 250 000 von den Hakenkreuzlern kolportiert. Aber zuverlässige und nachgewiesene Zahlen hört man von den Hakenkreuzlern nicht. Man muß bedenken, daß die Propagandaabteilung der Hakenkreuzler im Zusammenhang mit einem überschwenglichen Aufruf Hitlers noch Mitte Februar 1930 erklärte, daß „hundertausend Propagandisten arbeiten, wenn jeder Parteigenosse seine Pflicht tut". Damals gaben also die Hakenkreuzler selbst die Zahl ihrer Mitglieder mit 100 000 an. Aber auch diese Zahl ist nicht nachzuprüfen — sie wäre immerhin niedrig genug, im Verhältnis zu den hakenkreuzlerischen Anmaßungen.

Man hört von den Hakenkreuzlern schöne Phrasen, aber keine Zahlen über ihre Organisation. Genaue und nachprüfbare Angaben fehlen jedenfalls vollständig.

Wer als Mensch politisch auch in der Zukunft wirken will, der wird sich nie und nimmer der Hakenkreuzlerpartei anschließen. Sie wird zwar noch an der Hugenbergpartei fressen, aber im übrigen hat sie den Höhepunkt ihrer „politischen Wirksamkeit" erreicht. Sie selbst ist davon überzeugt, daß sie politisch nicht mehr vorwärts kommt, sie will noch mehr als bisher an die Gewalt appellieren. Das geht auch aus einem Preisausschreiben im „Völkischen Beobachter" hervor, das eine neue Kopfbedeckung, die „Kopf und Nacken schützen" soll, fordert. Dazu kommt, daß Hitler das Nationale in seiner Partei über das Soziale stellt. Aus proletarischen und mittleren Schichten, die große soziale Not leiden, darf niemand mehr zu Hitler stoßen.

Die Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Volkspartei gibt vertraulich an Funktionäre ein „Deutschnationales Taschenbuch", das über Organisationsdinge Aufschluß gibt, die Hugenberg für unbedenklich hält. Aber selbst in diesem Taschenbuch werden keine genauen Mitgliederzahlen veröffentlicht, es gibt keine genaue Auskunft über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse. Die Parteifunktionäre sind nicht würdig, „vertraulich" von dem Stand ihrer Organisation genaues zu erfahren. Nun, in einer Organisation, in der ein persönliches Regiment herrscht, kann sich kein gedeihliches Vertrauensverhältnis herausbilden. Hugenberg weiß seit Jahren, daß er von eigenen Parteigenossen bekämpft wird, er mußte sich also hüten, seinen „Feinden" etwas über den Stand der Organisation zu sagen.

Daß die Deutschnationalen seit der Abspaltung der Volkskonservativen fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren haben, ist kein Geheimnis.

In Hamburg z. B. scheint es, als ob die ganze vorhanden gewesene Organisation die Flucht ergriffen hat. Es hat keinen Zweck, daß sich noch jemand der Deutschnationalen Volkspartei anschließt. Ihr Ende ist sicher. Ihr Schicksal ist besiegelt.

Jetzt machen Treviranus und Lambach in Berlin Versuche, eine neue Organisation ins Leben zu rufen. Es ist ihnen aber noch nicht gelungen. Es ist wahr, daß im „Bürgertum", soweit solches überhaupt noch in Massen vorhanden ist, eine gewisse Parteimüdigkeit vorhanden ist, man will keine Beiträge zahlen, man will sich nicht dem Zwange einer Parteiorganisation fügen und scheut jede ehrenamtliche Parteiarbeit.

Die Arbeiterklasse dagegen ist bereit, für ihre Sache Opfer zu bringen, so ist es und so muß es bleiben.

Die Arbeiterklasse hat in der Schule des Kampfes gelernt, daß die gemeinsame Abwehr und die gegenseitige Hilfe dringend notwendig ist.

Das aber ist nur durch die Organisation möglich und diese Organisation muß durch Beiträge und Arbeit erhalten werden.

Wenn auch der Werbeleiter des Jungdeutschen Ordens, der für Jungdo und Volksnationale in Berlin sprach, erklärte, daß sie keine Bewegung sein wollen, die an die Massen appelliert, so steht doch fest, daß auch Jungdo und Volksnationale nicht ohne Anhängerschaft politisch wirksam sein könnten.

Wenn Jungdo und Volksnationale so tun, als ob sie auf die Massen verzichten, so doch nur deshalb, weil es ihnen nicht gelang und auch nicht gelingen wird, nennenswerte Volkskreise um sich zu scharen.

Die Volkspartei.

Bei der Deutschen Volkspartei ist es so weit, daß der Staatssekretär Kempkes, der über die Organisation berichtete, sehr bescheiden seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck gab, „daß sich der Mitgliederverlust im Jahre 1929 auf 38 000 beschränken ließ".

Die Volkspartei berichtete auf dem Mannheimer Parteitag von 2006 Ortsgruppen und 9653 Vertrauensmännern. Die eigentliche Zahl der Mitglieder gibt sie nicht an. Besondere Sorgen hat die Volkspartei, weil sie nicht über ein eigenes Parteiorgan in der Reichshauptstadt verfügt. Die Volkspartei verfügt immerhin über insgesamt 74 ausgesprochen volksparteiliche Parteiblätter, aber daneben gibt es nicht weniger als 440 Tageszeitungen, die der deutschen Volkspartei nahestehen.

Hier muß die Arbeiterklasse lernen! Wie viele von diesen 440 Tageszeitungen, die nach dem eigenen Eingeständnis der Volkspartei für die Volkspartei arbeiten, werden auch heute noch von Arbeitern gelesen. Damit muß endgültig Schluß gemacht werden. Jede bürgerliche Zeitung steht in den Diensten einer bestimmten bürgerlichen Partei. Es ist unmöglich, daß Arbeiter eine solche Presse weiter lesen. In ihr Haus gehört die sozialdemokratische Zeitung. Das darf nie und nimmer vergessen werden.

In der Deutschen Volkspartei befinden sich so grundverschiedene Interessenten, daß diese Partei nie und nimmer in der Lage sein wird, die Vertreterin des „deutschen Bürgertums" zu werden,

wie es der Berichterstatter auf dem volksparteilichen Parteitag zu Mannheim hoffte.

Jede bürgerliche Partei hat übrigens besondere „Arbeitergruppen". Daß Arbeiter in kapitalistischen Parteien nichts zu suchen haben, ist selbstverständlich. Diese Parteien sind selbst davon überzeugt, daß Arbeiter in ihren Reihen nur Fremdkörper sind. Die Interessen gerade der Deutschnationalen und Volksparteiler liegen auf ganz anderen Gebieten, als auf denen der Arbeiterfürsorge.

Das Zentrum.

Es ist anzunehmen, daß die Zentrumsarbeiter aus dem Worte des Zentrumsabgeordneten Schlack, daß die Brüning-Regierung die reaktionärste seit 1918 sei, die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Ein Vergleich der Zentrumserfolge bei den Reichstagswahlen von 1912 bis 1928 zeigt, daß die Zentrumspartei ständig im Rückgang begriffen ist. Sie wird auch bei den kommenden Wahlen wieder Mandate verlieren, denn die Zentrumsarbeiter sehen deutlich, daß ihnen ihre Partei nicht hilft. Hatte das Zentrum in der Zeit von 1881 bis 1907 im Reichstag immer mühelos seine rund 100 Mandate, so änderte sich das rapide bei der Wahl 1912, nachdem sich das Zentrum an dem schwarz-blauen Block beteiligt hatte. Es bekam damals nur noch knapp 90 Mandate. So verlor es 8 Prozent seiner Stimmen und ging von 2,15 Millionen Wählerstimmen unter 2 Millionen zurück. Obwohl jetzt die Frauen das Stimmrecht haben, die meist eine gute Stütze des Zentrums bilden, ist das Zentrum immer weiter zurückgegangen. Hatte es früher 14 Proz aller Wähler auf sich vereinigen können, so sind es heute nur noch 12 Proz. In aller Erinnerung ist noch, wie das Zentrum auf unter 70 Mandate im Reichstag sank, nachdem es sich im Reiche bis 1928 am Rechtsblock beteiligt hatte.

Zum Zentrum rechnen sich durch die Abgabe des Simmzettels heute nur noch 32 Prozent aller in Deutschland lebenden Katholiken.

Die wirtschaftsparteilichen Spießerbolschewisten haben am Beginn ihrer Tätigkeit auf eine Parteiorganisation keinen besonderen Wert gelegt. Erst in letzter Zeit beginnen sie mit dem Ausbau der Organisation, ja, sie gehen sogar dazu über, eigene Parteizeitungen zu gründen. Wie sie die Politik auffassen, geht daraus hervor, daß Reichstagskandidaten der Wirtschaftspartei einen Sichtwechsel von 20 000 RM. unterschreiben mußten, den sie bezahlen müssen, falls sie im Streit mit der Wirtschaftspartei nicht auf ihr Mandat verzichten.

Politik als Geschäft, vom Anfang bis zum Ende, das ist die echte Wirtschaftspartei.

Kein Wunder, daß man seither von der Wirtschaftspartei wenig über Parteibeiträge oder ehrenamtliche Parteiarbeit erfahren hat. Der heutige Reichsjustizminister Bredt hat offen erklärt, daß der Platz der Wirtschaftspartei auf der Rechten ist. Damit sind alle anderen Fragen für Arbeiter, Angestellte und Beamte geklärt. Daß Bürgermeister Baumgarten-Delitzsch auf dem Parteitag der Wirtschaftspartei die Wirtschaftsparteiler als die „Spartakisten des Bürgertums" bezeichnete, rundet nur das Bild. Die Wirtschaftspartei ist ganz materialistisch, ohne jeden Idealismus — wie sollte jene Partei eine Zukunft haben?

Die Splitter.

Die Behandlung der einzelnen Splitterparteien, die sich heute bilden und morgen sterben, kann man sich hier ersparen. Die Bauernbündler und Christlichnationalen, die sich auch schon von Hugenberg abgesondert haben, **verdienen eine kurze Erwähnung:** denn es sind jene Kreise, **die jetzt mit Hilfe der Brüning-Regierung das große Agrarprogramm durchsetzen.** Auch diese Parteien haben nicht die festgefügten Organisationen wie die Sozialdemokratie.

Die Hoffnungen aller Splitterparteien haben sich nicht erfüllt.

Die Demokraten, die durch ihren Kampf gegen die Jungdemokraten und durch ihre Beteiligung an der Brüning-Regierung deutlich zeigen, wohin sie steuern, gehen organisatorisch rapide abwärts. Auf dem Mannheimer Parteitag im Herbst 1929 wurde die Zahl der demokratischen Parteimitglieder mit 115 000 angegeben. Man zählte angeblich 6000 Vertrauensleute und 1200 Ortsgruppen. Diese Zahlen muß man allerdings mit großer Vorsicht aufnehmen, denn sie wenden in dem Geschäftsbericht nicht durch besondere Aufstellungen nachgewiesen. Inzwischen haben die Demokraten wieder viele Mitglieder verloren. In maßgebenden politischen Kreisen schätzt man heute die Mitgliederzahl der Demokraten auf 12 000 bis 15 000.

Das organisatorische Dasein der Demokraten wird vollständig verkümmern.

Erwähnen wir noch die Kommunisten. Die KPD. hat seit Frühjahr 1927 keinen öffentlichen Parteitag abgehalten. Der Parteitag vom Wedding 1929 diente nur dazu, die Blutschuld der Kommunisten vom 1. Mai 1929 zu verwischen. Die Kommunistische Partei hat also nicht einmal mehr die Kraft, sich der Oeffentlichkeit zu stellen.

Wahrscheinlich weiß die Kommunistische Partei, die Partei des Arbeiterverrats, überhaupt nicht, wie wenig Mitglieder sie hat.

Die Bezirksleitung des Ruhrgebiets der KPD. hat selbst im März 1930 festgestellt, daß die KPD. als Organisation im Reiche einen „allgemeinen Tempoverlust" hat. Man verschleiert mit diesem Ausdruck den offensichtlichen Rückgang der Kommunistischen Partei. In Pommern wurde in diesem Frühjahr errechnet, daß die KPD. in diesem Bezirk keine 2000 Parteimitglieder hatte. Die Zahl der kommunistischen Parteizeitungsleser in Pommern ist mit 3000 sehr hoch geschätzt. Die Moskauer Internationale führt in ihren Berichten über die deutsche Sektion keine Zahlen an. Reichswettbewerb und Reichskontrolle der KPD. haben dieser Partei keinen neuen Aufschwung geben können. Man sieht, daß die Kommunistische Partei nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch auf den Hund gekommen ist.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, kleine und mittlere Bauern, sie alle finden ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Vertretung in der Sozialdemokratie. In jener Partei, die ihre Bücher rückhaltlos offenlegt, in jener Partei, die heute schon über eine Million Mitglieder zählt, über mehr als 200 Tageszeitungen verfügt und für die täglich Tausende von Funktionären arbeiten. Wer sich näher über den Stand und das Wesen der Sozialdemokratie unterrichten will, der nehme das Jahrbuch zur Hand. Er wird sehen, wie kraftvoll und unzerstörbar, wie zukunftssicher die Partei ihren Weg geht.

Der Vergleich mit den andern Parteien zeigt, daß keine Partei die Stärke der Sozialdemokratie erreicht. Keine Partei wird jemals mit der Sozialdemokratie politisch oder organisatorisch Schritt halten können.

Hinein in die Sozialdemokratische Partei!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300610-14/fragment/page=0009

Die Gewerkschaften gegen das Bausparen.

Eine Verbesserung der Wohnungsversorgung durch Bausparen nicht zu erreichen.

Die freien Gewerkschaften sind vor einiger Zeit, mehrfachen Anregungen aus ihren Mitgliederkreisen folgend, dem Gedanken des Bausparens nähergetreten. Das Problematische des ganzen Gedankens liegt auf der Hand; insbesondere waren Vorgänge in der letzten Zeit, selbst bei Bausparkassen, die in dem Ruf größter Solidität stehen, nur geeignet, die vorliegenden Bedenken zu unterstreichen. Für die Gewerkschaften ergab sich die Pflicht, die Voraussetzungen des Bausparens ganz eingehend zu prüfen, weil sie ja, falls sie sich zur Errichtung oder Beteiligung an einer Bausparkasse entschlossen, gegenüber ihren Mitgliedern Verpflichtungen übernehmen, die weit über das Statut der Bausparkassen hinausgehen und stark moralischer und ideeller Natur sind. Es wurde ein Arbeitsausschuß der Spitzenverbände der freien Gewerkschaften geschaffen, der zu untersuchen hatte, „ob Bausparkassen der breiten Masse der Arbeitnehmer Vorteile bieten können und ob der Beitritt zu einer Bausparkasse empfohlen werden kann."

Dieser Ausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß „die seit 1924 in Deutschland gegründeten kollektiven Eigenheimbausparkassen nicht geeignet sind, eine Verbesserung der Wohnungsversorgung der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen.

Diese Begründung beweist, daß der Ausschuß vorzugsweise praktische Verhältnisse, also die Verbesserung der Wohnungsversorgung der breiten Bevölkerung im Auge hatte. Wenn der Ausschuß auch durchaus praktisch orientiert war, hat er doch eine prinzipielle Entscheidung gefällt und zwar gegen die Bausparkassen und für das kollektive Bauen, für das genossenschaftliche Bauen.

Die Begründung des Ausschusses hat folgenden Wortlaut: Das Eigenheimbausparen bringt derart hohe finanzielle Lasten mit sich, daß es bei den bestehenden Lohn- und Gehaltsverhältnissen für die Arbeitnehmerschaft nicht in Frage kommt. Der Erwerb eines bescheidensten Ansprüchen kaum genügenden Eigenheimes mit 12 000 Mark Herstellungskosten würde zum Beispiel einen monatlichen Reinverdienst von 280 Mark auf die Dauer von 20 Jahren zur Voraussetzung haben müssen. Ueber derart hohe, zugleich auch gesicherte und gleichbleibende Einkommen auf viele Jahre hinaus verfügt die breite Masse der Arbeitnehmer aber nicht.

Die bisherige Anziehungskraft der Bausparkassen geht in erster Linie auf eine Reihe von Illusionen der Sparer zurück, die durch mitunter sehr anfechtbare Propagandamethoden vieler Bausparkassen erweckt worden sind. Jede Bausparkasse hat den Charakter einer Lotterie, gleichgültig, nach welchem der vielen Zuteilungssysteme sie arbeitet. Es kann jeweils immer nur ein Teil der Sparer befriedigt werden, wobei es ungewiß bleibt, zu welchem Zeitpunkt der Einzelne seinen Eigenheimkredit erhält. Durch diese Lotterieaussichten, die ihm — und zwar auf Kosten seiner wartenden Spargenossen — einen billigen Eigenheimkredit versprechen, angelockt, läuft der Sparer Gefahr, bis zum Ende der langjährigen Sparzeiten, die bei einzelnen Kassen bis zu 50 Jahren betragen, warten zu müssen. Seine regelmäßig einzuzahlenden Sparbeträge werden ihm während dieser Zeit garnicht oder ganz geringfügig verzinst und bei Vertragskündigung nicht sofort ausbezahlt. Das Bausparen schwächt also bei Verschlechterung der persönlichen Verhältnisse des Sparers, besonders, bei eintretender Arbeitslosigkeit, seine wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit.

Die Bausparkassen können die oft behauptete allgemeine Verbilligung des Eigenheimwohnens nicht bieten.

Die niedrigen Darlehnszinsen der Bausparkassen sind nur möglich, weil auch die Einlagen niedrigst verzinst werden. Die Vorteile der niedrigen Darlehnszinsen werden für die Gesamtheit der Bausparer durch die niedrige Verzinsung ihrer Einlagen aufgehoben. Zu dem erfolgt die Auszahlung eines Bausparkassendarlehns nur, wenn zumindest das notwendige Eigenkapital des Sparers vorhanden ist, das bei den heutigen Finanzierungsverhältnissen auch ohne Hilfe einer Bausparkasse zum Bauen ausreicht. Der Bausparer hat auch nach der Auslosung keine Garantie, seinen Eigenheimplan zu verwirklichen, weil sich die Baukosten, die Hypothekenzinsen und die Hauszinssteuerpolitik innerhalb der langen Bausparzeiten wesentlich ändern können.

Schließlich kommt hinzu, daß wegen der außerordentlich hohen Beleihungsgrenze für Bausparhypotheken (80—90 Prozent des Bau- und Bodenwertes) auch bei einwandfreier Verwaltung der Bauspargelder eine volle Sicherheit der Spareinlagen nicht gewährleistet werden kann. Das Risiko wird erhöht durch die Tatsache, daß Bauspardarlehen zwangsläufig oft für unrationell und in schlechter Verkehrslage gebaute Eigenheime gegeben werden müssen.

Das System der Bausparkassen bleibt also selbst bei einwandfreier Verwaltung der Spargelder höchst fragwürdig. Anzeichen einer Ernüchterung der Bausparer sind heute bereits festzustellen. Die Illusionen über das Bausparen werden — je länger die eingegangene Sparverpflichtung durchgehalten werden muß — häufig vernichtet durch den Druck der monatlichen wirtschaftlichen Belastung. Alle diese Erwägungen lassen es dringend ratsam erscheinen, **den Arbeitern und Angestellten von dem Beitritt zu den Bausparkassen abzuraten. Es muß nachdrücklichst darauf hingewiesen werden, daß das organisierte Sparen für den Wohnungsbau seit Jahrzehnten von bewährten Wohnungsbaugenossenschaften gepflegt wird und zwar in Formen, die der arbeitenden Bevölkerung die Beschaffung von gesunden und zweckmäßigen Wohnungen durch Selbsthilfe ermöglichen.**

Deutsche Tagung für Wohnungswesen.

Frankfurt, 5. Juni.

Die Kommunale Vereinigung für Wohnungswesen hielt unter Vorsitz von Stadtbaudirektor Dr. Gut-München in der Aula der Universität ihre überaus stark besuchte 12. Hauptversammlung ab, an der zahlreiche Vertreter der Reichs- u. Staatsbehörden teilnahmen.

Als erster Redner sprach Oberbürgermeister Dr. Landmann-Frankfurt über:

„Die öffentliche Hand im Wohnungswesen".

Im Verhältnis der öffentlichen Hand zur Wohnungswirtschaft, insbesondere zum Wohnungswesen der Städte sind drei Epochen zu unterscheiden. Mit dem Uebergang Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat setzte die Abwanderung der Massen zur Stadt ein. Die Verwaltungen aber verkannten das Problem und griffen nicht ein. Erst als sich die großen Volksseuchen in diesen überfüllten Städten ausbreiteten, wurden die drohenden Gefahren erkannt. Die Hygieniker waren die ersten bahnbrechenden Warner, und der Deutsche Verein für Gesundheitswesen war jahrzehntelang die Heimstätte für die Reformen des großstädtischen Wohnungswesens. Zu gleicher Zeit beginnt aber auch, durch öffentliches Eingreifen begünstigt, die Periode des Kultus der Straße, die zu einer Bodenpreissteigerung und zum Mietskasernenbau führte. Die zweite Epoche ist gekennzeichnet durch das Einsetzen theoretischer Erkenntnisse. Die Wohnungsfrage wird als sozialpolitisches Problem erkannt. Reich und Länder aber hielten sich noch zurück. Erst um 1900 griffen vier süddeutsche Staaten aktiv durch die Gesetzgebung ein. In Preußen aber blieb 20 Jahre das Wohnungsfürsorgegesetz unerledigt. In den deutschen Gemeinden hat sich das soziale Gewissen zuerst zur sozialen Tat gewandelt. Durch Verwaltungsmaßnahmen wurde der Bodenspekulation entgegengewirkt. Die kommunale Bodenvorratswirtschaft setzte gleichzeitig ein und stellte einen bedeutungsvollen Versuch dar, den preiswerten und gesunden Kleinwohnungsbau zu fördern. Aber bis in die Zeit vor dem Krieg fehlten den Gemeinden eigene Produktionsmöglichkeiten. Trotzdem war bei Abschluß dieser Epoche schon zu erkennen, wie sich die Kapitalwirtschaft langsam vom Kleinwohnungsbau zurückzog. Aber auch eine gewisse Besserung hinsichtlich des hygienischen Zustands der Wohnungen war schon zu verzeichnen.

Nach dem Krieg greift eine grundsätzliche Aenderung Platz. Zwei Aufgaben der öffentlichen Hand sind jedoch klar zu unterscheiden, die Notgesetzgebung, durch die der vorhandene Raum rationiert wird, und die gestaltende Gesetzgebung für die künftige Entwicklung. Das Reich wurde zum aktiven Faktor der Wohnungspolitik, der soziale Geist erfüllte Parlamente, Ministerien und Magistrate, während zugleich auch die öffentlichen Stellen über Mittel zur sozialen Leistung verfügen konnten. Auf diese Weise wurde der Kultus der Straße durch die Kultur der Frei- und Grünflächen verdrängt. Noch steht aber nicht fest, wann die notwendige Zahl der Wohnungen erstellt sein wird. Es ist zweifelhaft, ob das schon in fünf Jahren der Fall sein wird. Aber selbst wenn dieser Neubaubedarf befriedigt sein wird, sind die Probleme noch nicht gelöst, denn die Sanierung der Altwohnungen wird dann eine wichtige und kostspielige Aufgabe sein, deren Lösung nicht ohne die Mittel der Hauszinssteuer möglich sein wird. Aus diesen Gründen ist es sehr zu begrüßen, daß die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer nur wieder dem Wohnungsbau zufließen müssen.

Ministerialrat Dr Wölz, der Leiter der Unterabteilung für Wohnung und Siedlung im Reichsarbeitsministerium, sprach über

Die Zukunft der Hauszinssteuer."

Die Gesetzgebung und die Verteilung liegt in den Händen der Länder; dadurch zeigen die Bestimmungen über die Hauszinssteuer eine außerordentliche Vielfältigkeit. Je mehr aber die Wohnungsnot in einzelnen Gebieten zurücktritt, desto notwendiger ist es, die Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot mindestens zum Teil übergemeindlich beim Lande zusammenzufassen. Die allerwichtigsten Bestimmungen werden sogar ins Reichsgesetz übernommen werden müssen. Das Gesetz, das die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau bindet — Lex Lipinski — macht den Anfang hiermit. Notwendig ist die Festlegung des größten Teils der Hauszinssteuer für breite unbemittelte Kreise unserer Bevölkerung, gewisse Bestimmungen über Wohnungsgröße und Wohnungsgestaltung, über die Auswahl der Wohnungsanwärter, insbesondere über die Bevorzugung gewisser sozial besonders gefährdeterSchichten (Kriegsbeschädigte, Kinderreiche u. dergl.). Vor allem aber ist endgültige gesetzliche Regelung der Hanszinssteuer auf eine länere Zeitspanne unbedingt erforderlich.

Das Schlußthema, das von dem Münchner Stadtbaudirektor Dr.-Ing. Albert Gut behandelt wurde, betraf eine ganz aktuelle Frage:

„Krise im Wohnungsneubau? Das Problem der Einfachwohnung."

Der Redner stellte eine Krisis im Wohnungsneubau fest. Der erste Grund dafür liege in dem Mangel an preiswertem langfristigen Kapital, der zweite Grund darin, daß die vielen Tausende von Wohnungssuchenden, die bisher noch nicht mit einer Wohnung versorgt werden konnten, die Mieten für Neubauwohnungen nicht bezahlen können, weil sie wirtschaftlich leistungsschwach sind. Die Folge davon ist, daß die Vermietung der neuen Wohnungen immer schwieriger wird, ja daß an einzelnen Orten Neubauwohnungen bereits kürzere Zeit leer gestanden haben, bis sie ihrer Vermietung zugeführt werden konnten. War das Wohnungsneubauproblem bisher noch ein solches der Masse in dem Sinne, daß es galt, möglichst schnell viele Wohngelegenheiten zu schaffen, so wird es nunmehr immer mehr ein rein wirtschaftliches Problem, das auch durch die Frage umschrieben werden kann: „Wie ist es möglich, für eine sehr große Zahl von wohnungslosen Familien Wohnungen zu erbauen, deren Miete einen bestimmten Höchstsatz nicht überschreitet?" Der Redner untersuchte nun an Hand des Einkommens einer großen Zahl von verschiedenen Arbeiterkategorien und unter Zugrundelegung eines Mietsatzes in der Höhe eines Wochenlohnes, was mit rund 25 Prozent des Einkommens einen außerordentlich hohen Satz darstellt, wie hoch sich die Miete für eine Neubauwohnung stellen darf. Auf Grund der Untersuchung erscheint es zweckmäßig, in bezug auf die Mietpreislage drei Sorten von Wohnungen zu erstellen, und zwar solche mit einem Monatsmietpreis von 40—45 Mark, 32—35 und 25—27 Mark. Wohnungen mit solchen Mietpreisen können nur in der Form von sogenannten „Einfachwohnungen" erstellt werden. Eine Einfachwohnung entsteht dadurch, daß man von der Miete ausgeht und feststellt, was um den festgesetzten Mietpreis erbaut werden kann. Man vereinfacht die Wohnung so lange, bis die errechnete Miete erreicht ist, wobei ein bestimmtes kulturelles Wohnminimum nicht unterschritten werden darf. Man müsse bei der Einfachwohnung von der an und für sich begrüßenswerten Uebung, nur zwei Wohnungen im einzelnen Stockwerk an die Treppe zu legen, abgehen. Während drei Wohnungen in einem Stockwerk noch eine gewisse Durchlüftung gewährleisten, ist der sogenannte „Vierspänner" aus gesundheitlich. Gründen abzulehnen. Erheblich kann durch zweckmäßige Ausbildung des Treppenhauses eingespart werden, was sich naturgemäß auf die Höhe der Mieten fühlbar auswirkt. Am billigsten sind in dieser Beziehung die „Laubenganghäuser", die immer öfter errichtet werden und mit einem einzigen Treppenhaus auskommen können. Was die Wohnungsgröße und die Zahl der Räume anbelangt, so ist es klar, daß hier bei den Einfachwohnungen eine erhebliche Reduzierung eintreten muß. Ausführliche Untersuchungen haben ergeben: die dreiräumige Wohnung ist die Volkswohnung. Durch weitere Vereinfachungen bei der Grundrißgestaltung, den Aborten, dem Bad, bei Keller, Speicher und Waschküche sowie der Heizungs- und Lichtanlage, schließlich auch in technischer und konstruktiver Hinsicht sowie bei der Gestaltung des Aeußeren lassen sich tatsächlich solche Einfachwohnungen zu den genannten Mietpreisen auch heute noch erstellen.

Briefe an das Tageblatt.

B . . . . in Wunnemonat 1930.

Mien leiwe plattdütsche Fründ in der Stadt!

Freuer hebbe eck immer geern dä „Landpost" von de Landarbeiters elesen, da stund veel Wahrheit drinne, un se hebbet mannigmal den Nagel upen Kopp edropen. Awer iets gifft et bie usch ok ne „Dörppost", un wenn da ok veel „unjereimtes Zeug" drinne vorkummet, sau hebbe eck et meck doch nich vorrdreiten laten, den ganzen dullen Kram mal in Rieme to bringen.

Dä Dörppost.

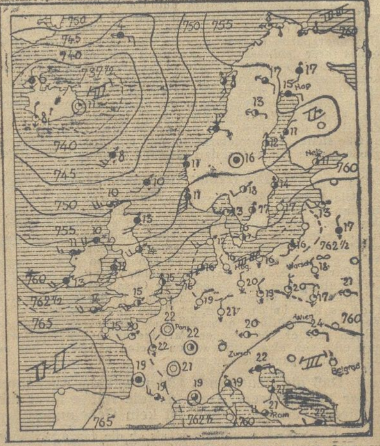
Dä Dörppost is kein „Dageblatt",
Se kummet, wie se geiht.
Wär abboniert oppen vertel Jahr,
Dä mett finau Bischeid.
Sei kummet tweimal in der Woch.
Datt kummt an oppen Bart:
Un wär se einmal wenniger kriecht,
Dä hat noch watt espart!
So bringt diene Tiedschrift deck
Von Majestratsbehörden,
Von Landkreis un noch veeles mehr,
Se deiht deck schon bilehren.
Du brukst tau diener Leserie
Weiß Gott ja keine Brille,
Du settst deck denn blot upen Staubl
Un hellst ganz müseckenstille.
Et Jesichte werd deck innesmeert,
Kein einzig Lock blifft open:
Sau mott et rin in dienen Kopp,
Bett Du bist half bisopen.
Ein'n Dag vorr der Wahl is bie dä „Post"
En Hasten un en Wörgen,
Weil Veele krie't en „Extrablatt"
Un werd bistellt na Dörgen.
Dä Dörppost mott Berichte schrieben
Un deiht dat richtig würzen,
Et wörre doch en Hagelstreich,
Dat „Parlament" to stürzen.
Dä Dörppost hat et awewendt,
Dat grote Glükke is blewen:
Blämiert hett seck blot saune Lü,
Dä sülwest seck oppeschrewen.
Taur Tied, wenn du in Plae list
Von Saken, dä noch nich da sind west,
Von Jugenddrahm, dä futsch is gahn
Un Olderschwäche is innedrahn,
Un niewet ut'n lesten Lokke,
Dä Dörppost bringet et an de Klokke!
Sei war ok wedder hilfsbereit
Un schrew von groten Volksentscheid,
Ok'n Finanzminister mött wei hebben —
Weiß Gott! Hei is et wedder blebben.
Watt wör datt vorr'n Rinkefiel'n*)
In Parlamente underwielen:
Sei war dä ganze Sache peinlich,
Un war'n seck ok nich dröbber einig.
Da is't denn aliefs ok anbiefohlen
„A blifft alles wedder hübsch bien Olen!"
Dä eine swärme vorrn Rendanten,
Dä seck „biwährt" hat bie Porwandten.
Dä andern hett nich tau 'eslan,
Drumm moßt et in de Brüche gahn.
Jsset ofte bie uns ok ungewiß,
Wer grade Koch oder Kellner is,
Un watt in andern Blädern steiht,
Längst nich in jeden Schädel geiht,
Dä „Dörppost" awer mit Fewinn
Noch seeset alle Köppe in!! —

Leiwe Fründ! Et ward deck nu woll klar sien, watt dä Redaktör von unse „Dörppost" vorr 'n Mann is: et nächste Mal mehr.

Dien leiwe Nawer von der Uhlenborg.

*) Hinunderwürgen, wie beim lieben Vieh im Stalle, wenn es mit den Ketten rasselt.

Amtliche Wetternachrichten



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, ✱ Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, ꓘ Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Wetterdienststelle Magdeburg.

Voraussichtliche Witterung bis 11. Juni abends.

Bei der Annäherung eines großen Tiefdruckgebietes das seinen Kern am Pfingstmontag bei Island hatte, weicht der hohe Luftdruck über Mitteleuropa nach Süden aus. Unser Bezirk gerät dabei mehr und mehr an den nördlichen Rand dieses Hochs und in die südlichsten Ausläufer des nördlichen Tiefs. Die Luftzufuhr für Mitteldeutschland erfolgt daher teilweise aus dem Binnenlande, teilweise fließen aber auch mit westlichen Winden maritime Luftmassen ein. Das Wetter wird daher mehrfach zwischen Eintrübung und Aufheiterung wechseln und stellenweise auch etwas Niederschlag bringen. Die Temperatur steigt zunächst ziemlich schnell an, wird aber bald wieder einen mäßigen Rückgang aufweisen.

Aussichten: Bei südlichen bis westlichen Winden wechselnde Bewölkung stellenweise etwas Regen. Gewitterneigung. Temperatur zunächst schnell ansteigend, später wieder etwas sinkend.

Geschäftliches.

In schwerem Verdacht.

Der ledige O.-Sekr. B. M. kam in Verdacht, den Brillanten-Diebstahl bei der reichen Gräfin A. ausgeführt zu haben. Seiner Behauptung, er habe in der fraglichen Zeit einen Ausflug gemacht, wurde nicht geglaubt, da er trotz des Regens saubere Schuhe hatte. Erst als er erklärt, daß er die bekannte Schuhcreme Büdo-Luxus verwende, wurde er freigelassen, da der Kommissar die hervorragende Wirkung von Büdo-Luxus durch eigenen Gebrauch kannte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-612166619193006110-14/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 133 — D'enstag, den 10. Juui 1930 — 5. Jahrgang

Republikanische Jugend.

Gewaltige Teilnahme an dem Reichsbanner-Pfingsttreffen in Magdeburg.

Magdeburg stand Pfingsten völlig im Zeichen des Reichsbanner-Bundestages. Das Fest war der Jugend gewidmet, der Jugend der Republik. Etwa

60—70 000 Jungbannerleute und Schutzsportler

waren aus allen Teilen des Reiches herbeigeeilt. Viele erreichten Magdeburg erst nach tagelangen Fußmärschen, viele nach vielstündiger Fahrt auf Lastkraftwagen.

Am Sonnabend abend fand im Bürgersaal des Rathauses eine **Akademische Feier des deutschen republikanischen Studentenbundes** statt. Oberbürgermeister Beims begrüßte die Erschienenen namens des Stadtverwaltung und führte u. a. aus, der republikanische Gedanke entwickele sich machtvoll. Er habe den Wunsch, man möge mehr Verständnis für Gegenwart und Zukunft aufbringen, als in dem was gewesen ist, immer noch herumzustöbern. Wir leben in einer Zeit der größten Verworrenheit und tiefgehendsten Gemütsbewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Völkern. Der Oberbürgermeister schnitt dann die Erwerbslosenfrage an. Man müsse fragen, was wird mit den Leuten, die infolge der gewaltigen Produktionsentwicklung überflüssig geworden sind. Was könne die gegenwärtige Gesellschaft tun, um dem Leben dieser wieder Inhalt zu geben. Dies sei das größte Problem unserer Zeit u. die Republikaner hätten die Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, es zur Diskussion zu stellen und für seine praktische Lösung einzutreten. Zum Schluß wünschte er den republikanischen Studenten zu ihrer Arbeit vollen Erfolg.

Der neue Oberpräsident der Provinz Sachsen, Falck, ergriff dann zu dem Thema

„Akademiker und neuer Staat",

das Wort. Nicht die Revolution habe die heutige parlamentarische Regierungsform eingeführt, sondern die technischen Umwälzungen verlangten in einem modernen Staat andere Regierungsformen. Das Parlament habe sich zum beherrschenden Organ des neuen Staates entwickelt und sei der Ausdruck der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strömungen eines Volkes. Die heutige Regierungsform biete dem Akademiker im Rahmen unseres staatlichen Lebens ausreichende Betätigungsmöglichkeiten. Die heutige Studentenschaft bekämpfe aber in ihrer Mehrheit den bestehenden Staat und die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit. Für den Staat ergebe sich die grundsätzliche Frage, ob es angehe, daß aus der akademischen Schicht des Volkes dauernd Männer herauswachsen, die dem gegenwärtigen Staate feindlich gegenüberstehen. Die Staatsform der Republik stehe fest. Was ihr aber fehle, das sei die Achtung insbesondere in den gebildeten Schichten unseres Volkes. Wenn der Staat überall die Achtung erfahre, auf die er Anspruch habe, dann werde sich auch die Stellung des Akademikers zwang.läufig bessern.

Starker Beifall folgte diesen Worten.

Die weiteren Reden klangen in dem Wunsche einer aktiven sozialen und rücksichtslosen republikanischen Politik aus. Am ersten Pfingsttag begann das eigentliche Fest.

In der Stadthalle

versammelten sich etwa 7—8000 Reichsbannerleute zu einer großen republikanischen Kundgebung.

Der preußische Kultusminister Grimme

hielt die Festrede. Er mahnte das Reichsbanner zu der Erkenntnis, daß in den gegnerischen Gruppen nicht nur Mitläufer, Korrumpierte und Verbrecher säßen. Man solle auch den dort vorhandenen ehrlichen Elan sehen. Da die Demokratie die politische Form der Menschlichkeit sein soll, müsse man sich den Besten dieser Jugend stellen. Das Verschließen der Augen vor Tatsachen wäre genau so wenig schöpferisch wie der Klamauk und die Verleumdung. Der demokratische Staat, der im Kampfe seine eigene Verjüngung finde, bejahe den Kampf der Jugend. Freilich nicht den gegen, sondern den in ihm. Der Staat wolle eine kämpfende, keine raufende Jugend. Zum Messer greife der Schwächling. Das Reichsbanner müsse die Garde der Majestät des Rechts bleiben und niemals Deserteur ihrer Ideale werden.

Anschließend sprachen ein Vertreter der Arbeiterjugend, des Zentrums und der demokratischen Jugend.

In seinem Schlußwort führte der Vorsitzende des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, Erich Ollenhauer-Berlin, aus: Die jungen Republikaner sind bereit, die demokratische Republik mit allen Mitteln zu verteidigen, aber sie sieht in der Gewalt nur das Mittel der äußersten Notwehr. Der Kampf um den Inhalt der Republik, um den Staat von Weimar, wollen wir führen mit geistigen Waffen. Wir wollen die jungen Republikaner ausrüsten mit scharfen Waffen des Geistes, sie schulen in ernster Bildungsarbeit und sie so fähig machen, als das Volk von morgen die deutsche Republik im friedlichen geistigen Ringen zu erobern für die großen Gedanken der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und des Völkerfriedens.

Auf dem Domplatz.

Im Anschluß an die republikanische Jugendkundgebung in der Stadthalle fand eine große republikanische Kundgebung auf dem Domplatz statt. Nach kurzer Begrüßungsansprache des Gauvorsitzenden des Gaues Magdeburg-Anhalt, Wille, ergriff der

Bundesvorsitzende Hörsing

das Wort. Er dankte allen Beteiligten für die großen Opfer an Zeit und Mühe, die die große republikanische Kundgebung ermöglicht hätten und wies auf die demnächst in Mainz stattfindende Befreiungsfeier der besetzten Gebiete hin, an der das Reichsbanner hervorragenden Anteil nehmen werde. Er schloß mit einem Hoch auf Vaterland und Republik.

Der Kundgebung in der Stadthalle schloß sich ein

Vorbeimarsch der Jugend vor der Bundesleitung

an, in dessen Nähe u. a. Reichstagspräsident Loebe, Minister Grimme und der Führer des österreichischen Schutzbundes, Julius Deutsch, Platz genommen hatten. Eineinhalb Stunden dauerte der Marsch der Gaue, der Studenten, der republikanischen Pfadfinder- und Matrosen-Abteilungen. Zuletzt kamen die 250 Maschinen der Republikanischen Motorradfahrer und die Wagen des Republikanischen Autoklubs. Als der Vorbeimarsch beendet war, ging es zum

Reichsbanner-Sta-ion „Neue Welt",

wo abends in Anwesenheit von mehr als 100 000 Menschen eine großdeutsche Kundgebung vor sich ging. Der preußische Innenminister Dr. Waentig erklärte in seiner Rede, die Aufgabe der Demokratie bestehe darin, die Vereinheitlichung Deutschlands zu vollenden; was Bismarck nicht habe vollbringen können. — Der Führer des Schutzbundes, Julius Deutsch, der mit 100 Schutzbündlern nach Magdeburg gekommen war, legte ein glühendes Bekenntnis zum Anschlußgedanken ab. Reden sollten endlich praktische Taten folgen. „Ein Volk in zwei Staaten" stellte Deutsch die Worte gegenüber: „Ein Volk und ein Staat." Den Höhepunkt der Kundgebung bildete ein

Großdeutsches Massenfestspiel

von Franz Osterroth eigens für den Bundestag geschrieben. Tausende von Fahnen- und Fackelträgern, Schutzsportlern, Jungbannerleuten, Sängern, die einen Zug der Länder in allen Volkstrachten und mit Länderstandarten bildeten, wirkten mit. Auch die Abordnung des österreichischen Schutzbundes beteiligte sich. Am Schlusse wurde von einem Reichsdeutschen und einem Oesterreicher gemeinsam eine riesige schwarzrotgoldene Fahne gehißt, vor der sich sämtliche Länderstandarten neigten, während die Zuschauer die dritte Strophe des Deutschlandliedes sangen.

Mit einem großen Feuerwerk fand der erste Tag des Bundestreffens sein Ende.

Am Pfingstmontag

fanden auf fast allen Sportplätzen Magdeburgs Wettkämpfe der [illegible]

Am Nachmittag strömten noch einmal die Menschenmassen zum Stadion. Im Kampfforum wurden leichtathletische Entscheidungskämpfe und ein Handballspiel ausgetragen. Das ursprünglich vorgesehene Handballspiel zwischen einer Hamburger Polizeimannschaft und der Schutzsportabteilung Bremen mußte ausfallen, da die Polizeimannschaft im letzten Augenblick dienstlich am Erscheinen verhindert war. In einer Pause zwischen den Kämpfen erklärte der frühere preußische

Innenminister Grzesinski,

daß die eindringlichste innenpolitische Aufgabe augenblicklich die Ausrottung des bewaffneten Rowdytums wäre. Hierzu bedürfe es der Einbringung der notwendigen gesetzgebarischen Vorlagen, die aber im Gegensatz zu den gegenwärtig im Reichsrat behandelten Entwürfen auch zwei knappe Paragraphen beschränkt werden könnten und müßten, nämlich: Niemand darf im Besitz einer Stich- oder Schußwaffe sein. Ausnahmen sind nicht zulässig. Wer im Besitz einer Waffe betroffen wird, ist mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu bestrafen. Grzesinski empfahl unter starkem Beifall dem Reichsbanner als seine nächste dringlichste Aufgabe die Unterstützung dieser Forderung. Es brauche niemand Waffen zu tragen, nachdem sie zum politischen Kampfmittel geworden seien. Je mehr das Reichsbanner an seiner Ueberparteilichkeit festhalte, desto mehr könne es seine Aufgabe erfüllen.

Eingedenk seiner sich bei der Gründung gestellten Aufgabe werde sich das Reichsbanner nicht von seinem Ziele abbringen lassen. Es sei die Vereinigung der sozialdenkenden Republikaner aus allen republkanischen Parteien, bereit, die Verfassung und die Staatsform von Weimar zu schützen, die uns allein den Wiederaufstieg sichern könne.

Der Redner kam dann auf die Wirtschaftskrise zu sprechen. Nur die heutige Staatsform böte die Möglichkeit zur Behebung der sozialen Not. Das deutsche Volk werde sich nicht wieder durch eine kleine Clique unterdrücken lassen. Die Anwendung des Artikels 48 durch eine Minderheit der Regierenden sei für das deutsche Volk unmöglich, ebenso wie die Thüringer Zustände für die Republikaner unmöglich seien (Beifall). Die Jugend müsse sich zum Reichsbanner finden, denn der Jugend gehöre die Zukunft. Die Arbeit des Reichsbanners sei noch eine gewaltige. Ein starkes Reichsbanner sei das Ziel aller Republikaner.

Der Schluß des Bundestages brachte noch einige aufrüttelnde Worte des Bundesführers Hörsing, der allen Teilnehmern des Bundestages für ihr opfervolles Kommen nach Magdeburg seinen herzlichen Dank aussprach und die Reichsbannerkameraden zu weiterem Kampf und weiterer Treue ermahnte. Dann rollten ununterbrochen die unzähligen Lastautos mit den Bundestagsteilnehmern wieder ihrer Heimat zu.

[illegible]reich in Rumänien.

[illegible] versammlung, bestehend aus Kammer und Senat, die Abdankungsakte Carols vom 4. Januar 1925 auf und

proklamierte Carol als König.

Bis auf die Liberalen ließen alle bürgerlichen Parlamentsfraktionen Festreden auf Carol halten. Die Liberalen waren der Nationalversammlung geschlossen ferngeblieben. Die Sozialdemokraten ließen erklären, daß die Sicherung der Entwicklung zur Demokratie und die Interessen der Arbeiterklasse weit über den Personenwechsel innerhalb der rumänischen Monarchie ständen.

Carol II. leistete nach seiner Proklamation zum König

den Eid auf die Verfassung.

Er schilderte dann in einer Thronrede das ihm zugefügte Leid und versprach, den Urhebern der an ihm begangenen Ungerechtigkeit Verzeihung angedeihen lassen zu wollen.

Als die Proklamation und die Vereidigung Carols II. vollzogen war, trat die Regierung Mironescu zurück. Der neue König nahm sofort Besprechungen mit den Parteiführern auf. Er plant die Bildung eines Konzentrationskabinetts. Inzwischen hat er die nach dem Tode seines Vaters von dem Regentschaftsrat und den Ministerrat erlassenen Verordnungen durch ein Dekret als gesetzlich anerkannt.

Der Hintergrund.

Die plötzliche Rückkehr Carols nach Rumänien ist nur interessant wegen der äußeren Umstände und infolge der ziemlich skandalösen Vorgeschichte seiner Thronentsagung u. Verbannung vor fünf Jahren. Politisch ist es nur noch von untergeordneter Bedeutung. Früher, besonders in den ersten Zeiten nach dem Tode seines Vaters Ferdinand vor drei Jahren, wäre seine Rückkehr in die Heimat einem Putsch gleichgekommen und es wäre ein heftiger Kampf um seine Person entbrannt, der für den innerpolitischen Kurs in Rumänien von außerordentlicher Bedeutung gewesen wäre. Inzwischen ist aber die einstmals allmächtige „liberale" Herrschaft der Familie Bratianu sozusagen auf dem normalen Wege von Parlamentswahlen und Regierungswechsel beseitigt. Carol, den damals die Bauernopposition als eine Art Märtyrer hinstellte, hat allmählich aufgehört, ein innerpolitisches Kampfsymbol zu sein. Seine Rückkehr war nur noch eine Frage der Zeit und war vor allem von der Beilegung heftiger Fehden innerhalb der Königsfamilie abhängig.

Das private Leben der in der Oeffentlichkeit stehenden Menschen sollte grundsätzlich eine private Angelegenheit bleiben und die Oef-